Nummer 48 | A. g. XIII. | Stuttgart, 1. Dezember 1917 | 35. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark. Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm. Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II. Fernsprecher: Nr. 8900.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelzeile: Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Durchgehende Arbeitszeit und Taylorsystem

Es gibt Unternehmer, die in der immer stärker werdenden Stimmung für die durchgehende Arbeitszeit eine Gefahr für ihren Profit wittern. Natürlich hält die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung es für ihre heilige Pflicht, mit solchen Leuten durch dick und dünn zu gehen. In ihrer Nr. 45 berichtet sie von einer angeblichen Anzahl süddeutscher Gewerkschaften, die zu dieser Sache Stellung genommen haben sollen. Sie hätten eine reichsgesetzliche Regelung verlangt und sich dazu noch weiter folgendermaßen geäußert:

„Als Voraussetzungen sind zu betrachten: 1. Achtstündige Arbeitszeit mit höchstens halbstündiger Unterbrechung; 2. unverkürzter Verdienst durch Erhöhung der Stunden- und Akkordverdienste; 3. ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, insbesondere mit Fleisch und Fett; 4. Anpassung der Schulzeit an die Arbeitszeit der Eltern; 5. Verlegung der Essenszeit bei den Kriegsküchen an den Schluß der Arbeitszeit; 6. Anpassung der Zugsverbindungen zu Beginn und Ende der Durcharbeitszeit; 7. vor der Einführung der Durcharbeitszeit ist — unbeschadet der Vertretung der Arbeiterschaft durch den Arbeiterausschuß — den sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit zu einer Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Antrages zu geben."

Der Arbeitgeber-Zeitung passen diese Forderungen natürlich nicht. Besser gefällt ihr ein „sehr erfahrener Praktiker, der die Verhältnisse in den verschiedensten Erwerbszweigen genau studiert hat". In einer Zuschrift an das genannte Blatt betont er zunächst die Notwendigkeit einer ergiebigen warmen Mittagsmahlzeit. Dagegen ist auch vom Arbeiterstandpunkt nichts einzuwenden. Dann führt die Arbeitgeber-Zeitung aus der Zuschrift folgendes wörtlich an:

„Was nützt alle Fürsorge des Staates und der sich ständig mehrenden Vereine und Gesellschaften, Heilstätten und Genesungsheime, Erholungsurlaub usw., wenn die Hauptursache des Uebels, die unregelmäßige und unnatürliche Ernährung nicht nur in dem bisherigen Umfang weiter besteht, sondern noch mehr ausgedehnt wird, denn ganz sicher und zweifellos werden damit auch die Krankheiten und Schwächezustände sich steigern.

Es wird schließlich doch so kommen, daß eines schönen Tages (wenn erst die ungeteilte Arbeitszeit nahezu überall eingeführt ist, vorher wird man damit nicht kommen, um nicht davon abzuschrecken) die Forderung auftaucht, daß den Arbeitern und Angestellten ein warmes Mittagessen zugänglich gemacht werden muß. Wir sind ja gerade jetzt auf dem besten Weg zur Verwirklichung der Staatseinrichtungen im Sinne der Genossen, und da wäre es ja gleich ein Aufwaschen. Mich würde eine solche Forderung nicht im mindesten überraschen. Dieselben Leute, die heute mit hundert Gründen den Ausfall der warmen Mittagsmahlzeit als unbedenklich in jeder Beziehung hinstellen, werden dann tausend Gründe finden, um zu beweisen, daß einzig und allein damit der Arbeiter gesund und leistungsfähig erhalten werden kann.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch kurz einen weiteren Punkt erwähnen, der sich ebenfalls mit der vermehrten Einführung der ungeteilten Arbeitszeit entwickelt hat: Die Verkehrsschwierigkeiten! In den Großstädten schwinden die Klagen über ungenügende und zu langsame Beförderungsmittel schon seit Jahren nicht mehr aus den Tagesblättern. Diese Klagen sind aber in der Hauptsache auf die ungeteilte Arbeitszeit zurückzuführen. Jeder will, wenn er um 5 oder 4 Uhr mit der Arbeit fertig ist, möglichst rasch nach Hause, um das Verlangen nach dem „Mittag"essen zu befriedigen und um recht bald seine Erholung anzutreten. Wie diese Erholung beschaffen ist, soll uns hier nicht weiter beschäftigen, in vielen Fällen ist sie alles andere, nur keine Erholung. Recht oft gibt auch die frühe Beendigung der Arbeitszeit den Beamten Gelegenheit zu recht ausgedehntem Nebenverdienst in den Abendstunden. Beamte dieser Art müssen erst recht schnell nach Hause und wieder von da fortkommen können. In diesen Stunden drängen sich deshalb die Fahrgäste bei allen Beförderungsgelegenheiten ganz unverhältnismäßig zusammen, und alle Verkehrsmittel, die an manchen Stunden des Tages, auch in der Mittagszeit, nahezu leer verkehren, sind überfüllt. Das würde sofort anders werden, wenn sich die Beendigung der Arbeitszeit in den verschiedenen Berufen auf die Zeit von vielleicht 5 bis 8 Uhr verteilen würde. Jeder Beamte und Angestellte mit ungeteilter Arbeitszeit will auch möglichst weit „draußen" wohnen, am liebsten in den Vororten der Großstadt, und das sind die Leute, die ständig nach 5-Minuten- oder 2-Minutenbetrieb, Vermehrung der Verkehrsmittel, Verbilligung der Fahrpreise usw. verlangen.

Der Mensch gewöhnt sich ja an vieles, das trifft aber nur bedingt zu. Man merkt es oft erst zu spät, wenn unter unnatürlich veränderter Lebensweise die Gesundheit leidet, und die eifrigen Befürworter der ungeteilten Arbeitszeit werden dann am allerwenigsten geneigt sein, zuzugeben, daß dies auf die damit verbundenen Aenderungen zurückzuführen ist. Sie werden viel lieber andere Umstände dafür verantwortlich machen.

Daß die Gewerkschaften danach streben, die Arbeitszeit abzukürzen und einen möglichst frühen Schluß der Arbeitszeit herbeizuführen, ist begreiflich. Je früher für den Arbeiter die freie Zeit beginnt, desto früher kann man mit der Bildungs- und Aufklärungsarbeit beginnen! Wer die ganzen Nachmittags- und Abendstunden frei hat, wird viel leichter geneigt sein, Versammlungen und sonstige Veranstaltungen der Gewerkschaften zu besuchen, als einer, der erst um 7 Uhr oder später von der Arbeit nach Hause kommt.

Man könnte diese Frage ja noch viel gründlicher behandeln, namentlich in der Richtung der verminderten Arbeitsleistung, mit Rücksicht auf die augenblicklichen Verhältnisse im Zeitungswesen ist aber möglichste Beschränkung geboten."

Der Verfasser versteht es meisterlich, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Stellen wir sie wieder auf die Füße. Köstlich ist zunächst die Angst, die Arbeiter könnten eines Tages ein warmes Essen fordern. Nun, grundsätzliche Bedenken vom Arbeiterstandpunkte aus wären dagegen zwar nicht zu erheben. Gerade bei der Schwierigkeit in der Lebensmittelbeschaffung zurzeit und wohl auch noch eine Weile nach dem Kriege kann schon in manchem Arbeiter der Wunsch rege werden, der Unternehmer möge für ein nahrhaftes warmes Essen sorgen. Das käme einer Lohnerhöhung gleich und hätte ferner die Folge, daß die Arbeiter oder ihre Frauen nicht ganz so oft und so lange vor den Lebensmittelgeschäften stehen müßten. Immerhin ist nicht anzunehmen, daß ein solcher Wunsch allgemein ist. Bei vielen Unternehmern wird die Arbeiterschaft die Beschaffung der Speisen lieber in eigene Verwaltung nehmen. Ein Unsinn ist aber die Behauptung von den „Leuten, die heute mit hundert Gründen den Ausfall der warmen Mittagsmahlzeit als unbedenklich in jeder Beziehung hinstellen" und später „tausend Gründe" für die Notwendigkeit des warmen Essens finden könnten. Solche „Leute" sind uns bisher noch nicht bekannt geworden; wohl aber wissen wir, daß heutzutage noch viele Arbeiter den Tag über noch zwölf und mehr Stunden auf kalte Speisen angewiesen sind. Für solche würde eine Verkürzung dieser Arbeitszeit durch Verminderung der Mittagspause immerhin schon einen Fortschritt bedeuten, auch wenn sie dabei nicht „einen warmen Löffel in den Leib bekommen". Köstlich ist der Hinweis auf die Verkehrsschwierigkeiten, die nach des Herrn Zuschreibers Meinung infolge der durchgehenden Arbeitszeit entstehen sollen. Jetzt sind wohl keine Verkehrsschwierigkeiten vorhanden? Im Gegenteil haben wir sie jetzt viermal am Tage, während wir sie bei allgemeiner durchgehender Arbeitszeit doch nur zweimal haben könnten. Außerdem könnten die Verkehrsschwierigkeiten dann leichter vermindert werden, indem es leichter wäre als jetzt, die Arbeitszeit so zu legen, daß sie nicht in allen Betrieben zu gleicher Zeit beginnt und endigt. Daß die Arbeitgeber-Zeitung eine solche Bemerkung abdruckt, ohne auch nur ein kleines Fragezeichen dahinter zu setzen, wirft kein gutes Licht auf ihre Urteilsfähigkeit.

Es liegt uns selbstverständlich fern, unsere Kollegen jetzt unter allen Umständen zur Erstrebung der durchgehenden Arbeitszeit überreden zu wollen. Wir meinen aber: wenn jemand gegen die durchgehende Arbeitszeit ist, so muß er sich nach besseren Gründen für seine Ansicht umsehen.

Die Arbeitgeber-Zeitung verquickt die Zuschrift dann noch mit folgender Bemerkung:

„Recht interessante Versuche über die Wichtigkeit zweckmäßiger Pausen sind kürzlich auch an der Front, im Schützengraben, angestellt worden; Versuche, die einen guten Beitrag zur Frage des Taylor-Systems liefern. Zwei Offiziere hatten eine Wette abgeschlossen, wer von beiden mit seinen Leuten am schnellsten einen Graben herstellen könnte. Diejenige Partei gewann, bei der eine ganz regelmäßige Pauseneinteilung vorgenommen wurde: die Mannschaft wurde hier in drei Gruppen eingeteilt, jede Gruppe arbeitete mit äußerster Anstrengung 5 Minuten und machte dann 10 Minuten Pause. Es ist selbstverständlich, daß solche Beobachtungen nicht ohne weiteres verallgemeinert werden dürfen, es zeigt sich aber überall, daß auf die wissenschaftliche Betriebsführung größeres Gewicht gelegt werden muß und daß nur der Weg exakter Beobachtung zu der jetzt doppelt notwendigen Oekonomie der Arbeit und zu einer richtigen Einteilung der Arbeitszeit führen kann."

Wir meinen ebenfalls, daß man aus diesem Beispiel — die Richtigkeit der Angaben vorausgesetzt — keine verallgemeinernden Schlüsse ziehen darf. Im Gegenteil können wir uns auch Hantierungen denken, bei denen das entgegengesetzte Ergebnis eintreten kann. Auf keinen Fall darf man in solchen Angelegenheiten schablonenmäßig urteilen.

*

Unter der Ueberschrift: „Die pausenlose Arbeitszeit in der Kriegsernährung" macht Th. Thomas (Frankfurt a. M.) in der Internationalen Korrespondenz Ausführungen, die in der Hauptsache gegen die durchgehende Arbeitszeit gerichtet sind, wenigstens bei der jetzigen mangelhaften Ernährung.

Man hört jetzt in allen Tonarten die Vorteile der durchgehenden Arbeitszeit schildern. Sie ist aber unseres Wissens noch nicht von dem Gesichtspunkt aus erörtert worden, ob wir wirklich so große Ursache haben, besonders im Hinblick auf die Ernährungsschwierigkeiten, die neue Regelung der Arbeitszeit kritiklos hinzunehmen. Wir sollten uns vor allen Dingen sehr hüten, nicht mehr mit der durchgehenden Arbeitszeit zu versprechen, als wirklich an Vorteilen für die Arbeiter dabei herauskommt. Leider müssen einige Illusionen dabei zerstört werden. Den Nutzen davon hat nämlich viel mehr der Unternehmer und überhaupt die jetzige Kriegswirtschaft als der Arbeiter. Damit man uns nicht mißversteht, soll gleich betont werden: Wir können und wollen uns nicht den Bedürfnissen der öffentlichen Wirtschaft widersetzen, wie sie jetzt durch Kohlennot und Lichtersparnis gegeben sind. Es sind aber doch zwei ganz verschiedene Strömungen, die hier neben einander laufen. Die kriegswichtigen Gründe werden durchkreuzt von den Ansprüchen, die die Volksgesundheit stellt, und diese werden im wesentlichen wieder von der Art der heutigen Ernährung diktiert.

Etwas Grundlegendes sei vorausgeschickt: Der Arbeiter gibt in 8 aufeinanderfolgenden Arbeitsstunden viel mehr an Körperkräften aus als in 9 Stunden, wenn 2 Stunden dazwischen liegen. Versuche nach dieser Richtung sind wiederholt gemacht worden, sie haben die Richtigkeit dieser Behauptung erwiesen. Je länger die Arbeitszeit ohne Unterbrechung währt, umso größer ist die Abnutzung der Energie. Um es in Zahlen auszudrücken: während wir in der ersten Stunde etwa vier Einheiten ausgeben, steigt der Kräfteverbrauch in der vierten Stunde auf fünf, in der achten auf sechs bis sieben Einheiten stündlich. Das vorausgesetzt, muß versucht werden, die Ansprüche der Kriegswirtschaft einzuschränken, oder so zu regeln, daß das Mißverhältnis zwischen Nahrungseinnahme und Kräfteausgabe nicht allzu groß wird.

Die pausenlose Arbeitszeit kann verschieden durchgeführt werden. In vielen Betrieben wird von 1/2 8 bis 4 Uhr oder doch so ähnlich gearbeitet. Die Fälle sind aber auch nicht selten, in denen in zwei oder drei Schichten gearbeitet wird, meistens von 6 bis 2 Uhr vormittags, von 2 bis 10 Uhr nachmittags und 10 bis 6 Uhr morgens. Viele Betriebe lassen auch die Nachtschicht aus Lichtersparnis wegfallen. Es ist vom gesundheitlichen Standpunkt aus am allerbesten, wenn die durchgehende Arbeitszeit nicht von 1/2 8 Uhr bis 4 Uhr festgesetzt wird, sondern entweder den ganzen Vormittag, etwa von 6 bis 2 Uhr mittags, oder den ganzen Nachmittag umfaßt, wenn man von 8 bis 4 arbeitet, ist eigentlich der ganze Tag verloren. Man kann weder vor noch nach der Arbeit etwas Rechtes für seine Erholung tun. Ehe der Arbeiter, wenn er um 4 Uhr Schluß hat, soweit ist, daß er für sich leben kann, wird es 6, 7 Uhr, was kann er da noch beginnen? Im Winterhalbjahr gar nichts, im Sommer sehr wenig. Hat er dagegen um 2 Uhr mittags Schluß, dann kommt ihm der lange Nachmittag noch zugute, wenn er erst um zwei anzufangen braucht, der ganze Vormittag. Er kann die Zeit im Interesse seines Körpers und seiner Gesundheit viel besser ausnützen. Fällt die Schicht von 10 bis 6 ganz weg, kommt für alle noch die volle Nachtruhe hinzu, was wiederum einen Gewinn bedeutet, besonders bei der heutigen Verpflegung.

Der zweite Vorteil, den diese Vor- und Nachmittagsschichten bringen, liegt auf dem Gebiete der Ernährung. Vor dem Krieg war die Frage leicht gelöst, wie man sich bei der durchgehenden Arbeitszeit ernährt. Mit einem Liter Milch, Butterbrot und Speck oder 1/4 Pfd. Hackfleisch mit einem Ei schafft man sich leicht eine gute Grundlage für die kommenden vier Stunden. Auch eine Reis-, Bohnen- oder Erbsensuppe, in die sich ein Stück Schweinefleisch verirrt hat, ist eine schöne Aufmunterung zwischen zweimal vier Stunden. Da ist so ziemlich gleichgültig, wann man diese Zwischenmahlzeit zu sich nimmt, sie hat Kraft genug, sich durchzusetzen.

Ganz anders liegen die Dinge heute. Was der Arbeiter in diesen Tagen an Eßwaren mit in die Fabrik nimmt, selbst wenn er Schwerstarbeiter ist, bietet an Nährwerten für die verausgabte Arbeitskraft nur einen ganz schwachen Ersatz. Es ist in der Regel eine ungenügende Menge Brot mit Marmelade, eine Gemüsesuppe, in die mehr Augen hinein wie herausfehen, oder wie die mageren Frühstücke sonst noch zusammengesetzt sind. Bei diesem Minus an Nährwerten ist es natürlich nicht gleichgültig, wie und wann sie der Körper zu sich nimmt. Wir müssen der minderen Qualität der Kriegsernährung beizukommen suchen durch größte Anpassung unseres Körpers. Diese ist aber nur dann zu erreichen, wenn wir das einzige, das vorhanden ist, möglichst konzentrieren zu einer Vollmahlzeit, die wiederum am besten mittags zur Geltung kommt. Deswegen ist es von vornherein beinahe grober Unfug, wenn ein Betrieb die durchgehende Arbeitszeit einführt, ohne den Arbeitern ein richtiges warmes Essen zu liefern. Das sollte direkt von der Polizei verboten werden, denn es ist gegen jede Rücksicht auf den Körper.

Nicht so groß ist die Gefahr, wenn von 6 bis 2 und von 2 bis 10 gearbeitet wird, dann kann der eine, der um 2 Uhr zur Arbeit geht, vorher bequem und mit Ruhe essen, während auch sein Kamerad, der um 2 Uhr Schluß hat, noch sein Mittagessen zur rechten Zeit einnehmen kann. Die dazwischen geschobene Pause um 10 oder um 6 verliert in diesem Fall ihre große Bedeutung, es läßt sich dann schon eher mit dem heutigen Ersatz auskommen, wenn auch hier noch Bedenken genug übrig bleiben.

Auch für die Familie hat die Schichtarbeitszeit den großen Vorteil des gemeinsamen Mittagessens, bei dem die Vorräte nicht verzettelt werden. Ganz schlimm steht der unverheiratete Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 1/2 8 bis 4 Uhr da, weil er dann nirgends mehr ein richtiges Essen erhalten kann. Endlich ist die vorgeschlagene Lösung auch für die Arbeiter mit weitem Arbeitsweg und für die Frauen vorteilhaft, die nur an vollständig freien Halbtagen die notwendigen Besorgungen machen können.

Kann aber das System der Vor- und Nachmittagsschicht gar nicht durchgeführt werden, dann muß unter allen Umständen für die Lieferung eines ausreichenden Mittagessens in der Fabrik gesorgt werden, das in einem besonderen Raum eingenommen werden kann, andernfalls sollte die durchgehende Arbeitszeit im Interesse der Volksgesundheit unbedingt verboten werden. Die Beteiligten rechtzeitig vor Schritten zu warnen, welche bei der jetzigen Nahrungsmittelnot Gesundheit und Arbeitskraft besonders gefährden, war der Zweck dieser Darlegungen.

Deutsche Kriegsgewinner

I. K. Der Krieg hat unersetzliche Kulturwerte in unabsehbar gewaltigem Umfange zerstört und das Zerstörungswerk geht weiter. Er hat Millionen wirtschaftlicher Existenzen vernichtet, und es wird der Arbeit von Generationen bedürfen, diese Vernichtungen wieder gutzumachen, soweit das überhaupt möglich ist. Aber der Krieg ist anderseits für eine kleine Minderheit in allen beteiligten Ländern eine beispiellose Bereicherungsquelle geworden. In verhältnismäßig wenig Händen sind die Riesengewinne an Kriegslieferungen zusammengeschlossen und verleihen den glücklich Besitzenden eine wirtschaftliche Macht, die im umgekehrten Verhältnis zu der zahlenmäßigen Bedeutung der Gewinnmacher steht. Wir stellen nachstehend 16 Unternehmungen in der deutschen Kriegsindustrie mit ihren Betriebsüberschüssen zusammen, so wie uns die Geschäftsberichte zur Hand liegen. Damit der finanzielle Segen der Kriegswirtschaft recht deutlich hervortrete, haben wir die Gewinnergebnisse des letzten Friedens- mit dem des dritten Kriegsjahres in Vergleich gesetzt. Die Zahlen sind stets in der gleichen Weise den Geschäftsberichten entnommen, sind also vergleichbar. Es erzielten Betriebsüberschüsse:

Namen der Unternehmungen	1913/14 ℳ	1916/17 ℳ
Hoesch, Dortmund	9056361	27588018
Hohenlohewerke Oberschlesien	9389000	12366000
Friedrichshütte, Herdorf	994448	5993309
Phönix, Hörde	45415972	76499643
Hasper Eisen- und Stahlwerke	3854644	11125814
Bismarckhütte, Oberschlesien	3912072	16994214
van der Zypen	3710392	17394076
Deutsch-Luxemburg	28544476	45293117
Mannesmann	16804197	50187515
Bochumer Verein	13613511	26492466
Aumetz-Friede	13344705	21778651
Königs- und Laurahütte	11920968	18358196
Georg-Marienhütte	7423369	16573552
Kattowitzer A.-G. f. Bergbau u. Hüttenbetr.	7181691	9289046
Rheinische Stahlwerke, Duisburg	10265257	23551492
Rombacher Hütten	11663161	14876310

Demnach sind die Betriebsgewinne dieser wenigen Unternehmungen, die bereits 1913/14 die sehr stattliche Höhe von 197 Millionen erreichten, im Kriegsjahr 1916/17 auf rund 394½ Millionen Mark glatt um 100 v. H. erhöht worden. Mehrere der umfangreichsten Unternehmungen in der deutschen Kriegsindustrie, wie die Waffen- und Munitionsfabrik (Berlin), Krupp, Gelsenkirchen, auch die außerordentlich ertragreichen Werke in der chemischen und in der Sprengstoffindustrie sind in obiger Liste nicht enthalten, weil sie entweder ihre neuesten Geschäftsberichte noch nicht veröffentlichten oder nur sehr spärliche, nicht vergleichbare Ueberschußzahlen veröffentlichten.

Im Laufe des letzten Jahres sind wiederholt, in der Regel im Anschluß an die Erhöhung der Rohstoffpreise, die Preise für halb- und für ganzfertige Erzeugnisse hinaufgesetzt worden. Das geschah mit der Begründung, die erhöhten Selbstkosten, „insbesondere die unausgesetzten Lohnerhöhungen", machten eine Preisheraufsetzung unbedingt erforderlich. Wie sich diese Behauptung im Lichte der Gewinnstatistik ausnimmt, mag man aus nachstehender Liste ersehen. Sie enthält die Betriebsgewinne von 19 Unternehmungen in den beiden letzten Jahren:

Namen der Unternehmungen	1915/16 M	1916/17 M
Hochofenwerke Lübeck	4021500	4037000
Geisweider Eisenwerke	3332584	5552878
Charlottenhütte Niederschelden	3253770	6541839
Bergbau u. Hüttenindustrie Herdorf	3637194	5998309
Rheinische Stahlwerke	13303443	23551496
Hohenzollern, Düsseldorf	1497915	2215282
Gußstahlwerke Annen	943355	1967475
Eisenindustrie Menden-Schwerte	1523159	2495000
Phönix, Hörde	57892557	76499643
Deutsch-Luxemburg	38070828	45298417
Bismarckhütte, Oberschlesien	11804893	16994215
Mannesmann	31184176	50187515
Bremerhütte, Weidenau	2206350	5661004
Laurahütte, Oberschlesien	11400000	18358190
Hoesch, Dortmund	13601003	27588018
Annen-Friede	15006625	21779951
Hasper Eisen- und Stahlwerke	7732681	11125814
van der Zypen	17322622	17394076
Stahlwerk Becker, Krefeld	8522324	11936364

Demnach ist der Ueberschuß dieser Unternehmungen im dritten Kriegsjahr noch um über 44 v. H. von 246 auf rund 355 Millionen Mark hinaufgeschnellt. Wobei noch zu beachten ist, daß viele Unternehmungen nunmehr als „Rohgewinne" Gewinnsummen ausweisen, die vorher schon durch bedeutende Ausgaben für große Ankäufe, Wertsverbesserungen usw. erheblich gekürzt wurden. Die „Kunst der Bilanzaufstellung" ist nie so ausgebildet worden zur Verschleierung der tatsächlichen Riesengewinne wie jetzt. Manche Geschäftsberichte geben übrigens zu, daß kaum errichtete umfangreiche Neuanlagen bereits bis auf wenige Mark „abgeschrieben" worden sind. Die ungeheure Gewinnvermehrung auch im dritten Kriegsjahr beweist hinlänglich, daß die vorgenommenen Preiserhöhungen den Gewinnfonds der Unternehmer zugute gekommen sind. Da diese Unternehmungen so gut wie vollständig nur für den Kriegsbedarf arbeiten, sind die ungeheuren Mehrgewinne natürlich auf Kosten des Reiches gemacht worden. Darum versteht man recht gut, warum das Volk die Tätigkeit der Kriegsverlängerer mit ihren Gewinnzwecken zusammenbringt.

Gewerbliche Vergiftungen durch Gase und Dämpfe

In der Industrie und sonst zum Zwecke der Warenproduktion werden durch technisch-chemische Verfahren Gase erzeugt, oder es treten, wie bei den Arbeiten im Bergbau und Bauwesen, vielfach natürliche Gase zutage, die, je nach ihrer Art, auch eine gewerbliche Verwendung finden. Wie aber die Erfahrungen lehren, können diese Gase durch ihren Giftgehalt den Beschäftigten äußerst gesundheits- und lebensgefährlich werden. Oft sind es Begleitserscheinungen bei einzelnen Prozeduren oder des ganzen Produktionsprozesses, die in der Eigenart oder in der Mischung des Materials seine Ursache findet. Es wird demnach dabei zu unterscheiden sein, ob das Gas als Produkt, Zwischenprodukt oder als unvermeidliches Nebenprodukt in Frage kommt.

Mit Hilfe von hohen Temperaturen oder Wärmegraden werden durch das Destillations-, Siede-, Röst-, Schmelz-, Erhitzungs- oder Vulkanisierungsverfahren usw. feste und flüssige Stoffe zweckentsprechend verändert oder vergast, während auch umgekehrt Gase durch niedrige Temperaturen und atmosphärischen oder komprimierten Druck zu festen oder flüssigen Körpern umgestaltet werden können. Wie auch unsere atmosphärische Luft (Sauer-, Stick-, Wasserstoff und Kohlensäure), so wird ein Körper als gasförmig bezeichnet, wenn er weder eine selbständige Gestalt noch ein selbständiges Volumen (Rauminhalt, Umfang) besitzt, wenn er sich nach allen Seiten ausbreitet, bis ihn feste Wände oder sonstige Widerstände daran hindern. Im Zusammenhang mit der technisch-chemischen Prozedur versteht man auch oft unter Gasen lediglich schwer zu verdichtende oder kondensierbare Körper, womit ausgedrückt werden soll, daß alle mit der Gasflüssigkeit zusammenhängende Vorgänge mit den Dämpfen überaus viel gemeinsam haben und ins Gebiet der Dämpfe zu verweisen sind. Im Vordergrund ist hierbei produktiv die Gaserzeugungs- und die Metallindustrie und besonders die chemische Industrie sowie der Bergbau beteiligt. Zu dem Vorausgeführten hat die Technik es verstanden, das chemisch-fabrikationsmäßige Verfahren zu einer großartigen und sehr profitablen Entwicklung zu bringen, ohne daß es ihr dabei gelungen wäre, den immer wieder neu auftretenden Gesundheitsschädigungen der Arbeiter in diesen Betrieben mit analogem Erfolge entgegen zu wirken. Denn wie aus den Jahresberichten der Gewerbe- und technischen Aufsichtsbeamten zu ersehen, bestehen neben den Explosions-, Brand- und sonstigen Unfallgefahren noch die Gefahren der Staubvergiftung und der beim Produktionsprozeß entweichenden giftigen Gase und Dämpfe.

Infolge der Sozialgesetzgebung ist in neuerer Zeit die Toxikologie, die Lehre von den Giften, mehr und inniger verknüpft mit den Leiden und Krankheiten der gewerblichen Arbeiter. Die „Fabrikgifte" sind dadurch ein besonderes Studium und der Gegenstand der Sammlung praktischer Erfahrungen für die Gewerbehygiene und Sozialmedizin geworden. Wissenschaftler von Ruf wie Professor Sommerfeld-Berlin, Dr. Rambousek-Wien, Professor Lewin-Berlin und andere betätigen sich heute auf diesem Gebiet. Schon im Jahre 1898 konnte Sommerfeld in seinem Handbuch der Gewerbekrankheiten auf die „hohe sanitäre Bedeutung der professionellen Vergiftungen" hinweisen, „welche vorwiegend durch Einwirkung von Gasen und Dämpfen, zum Teil auch durch Eindringen fester Partikelchen in den Körper zustande kommen". Sommerfeld verdanken wir auch den Entwurf einer „Liste der gewerblichen Gifte", die nach einer Umarbeitung mit dem Gewerbeinspektor Dr. Fischer und nach Durchsicht eines hygienischen Beirats im Dezember 1911 zur Bekämpfung der Giftgefahren von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz der Oeffentlichkeit übergeben wurde und als Leitfaden besonders zu bewerten ist. Nach Fischer sind darin als gewerbliche Gifte diejenigen Rohstoffe, Enderzeugnisse, Zwischen- und Abfallstoffe zu bezeichnen, die bei ihrer Gewinnung, Herstellung und Verwendung im Gewerbebetrieb bei Beachtung der üblichen Vorsicht in solchen Mengen in den Körper eintreten können, daß sie die Gesundheit des werktätigen Arbeiters auf chemischem Wege gefährden. Im Jahre 1902 wurde von Rambousek eine Arbeit unter dem Titel „Schädliche Gase im gewerblichen Betriebe" veröffentlicht. Danach zeigt sich bei den Giftgasen folgende Wirkung: 1. Auf den Aufnahmeapparat (Atmungsorgane) und dessen Schleimhäute (Berührung, Reiz-, Aetzwirkung); 2. auf die Ueberträger des Gasmoleküls (Blutwirkung); 3. Fernwirkung (spezifische innere Giftwirkung) auf einzelne Organe und Organsysteme. In ziemlicher Uebereinstimmung mit diesen Leitsätzen bringt der Professor Lewin in seinen bedeutungsvollen Vorträgen im Februar 1907 im Reichsversicherungsamt und im Februar 1910 im Verein deutscher Chemiker seine Grundanschauungen und Erfahrungen zum Ausdruck. Bei den Vorträgen im Reichsversicherungsamt lag das Thema zugrunde „Die Grundlage für die medizinische und rechtliche Beurteilung des Zustandekommens und des Verlaufs von Vergiftungs- und Infektionskrankheiten im Betriebe", und bei den Chemikern behandelte er „Das Zustandekommen von Vergiftungen in chemischen Betrieben und die Hilfe dagegen". Auch der 2. Internationale Kongreß für Rettungswesen 1913 in Wien beschäftigte sich mit den gewerblichen Giften. Hier war es der Gewerbeinspektor Dr. Schimbs-Wien, der, unterstützt mit ausgesuchtem Material und persönlichen Erfahrungen über „Unfallgefahren und Gesundheitsschädigungen sowie der Verhütung in chemischen Betrieben" referierte. Diese vielseitigen Darstellungen lassen sich im folgenden zusammenfassen:

Je nach der Stärke der chemischen Energie oder des eingeatmeten Quantums des Gas- oder Dampfgiftes unterscheidet man akute und chronische Vergiftung. Akute Vergiftungen sind die Gesundheits- oder Lebenszerstörungen, welche durch plötzliches oder auf einen kurzen Zeitraum beschränktes Eindringen von starken giftigen Stoffen in den Organismus entstehen und dadurch den Betriebsunfällen rechtlich gleichgestellt werden, wohingegen die durch langsame auf einen längeren Zeitraum sich ausdehnende und oft wiederholende Aufnahme von geringern Quanten giftiger Stoffe herbeigeführte Gesundheitsschädigung als chronische Vergiftung oder Berufskrankheit aufgefaßt und deshalb oft nicht entschädigt wird. — Die unheimliche Gewalt des Vergiftungsvorganges kommt nicht immer gleich zum Ausdruck. Nach der kurzgefaßten Form in der Giftliste der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz tritt zum Beispiel die akute Vergiftung durch Arsenverbindungen (Arsenbergwerke, Glasfabrikation, Fabrik von farbiger Kreide, Herstellung von Arsensorten, wie Schweinfurter Grün usw.) meist erst nach einer halben bis einer Stunde in die Erscheinung und nimmt dann folgenden Verlauf: Zusammenschnüren des Schlundes, Schmerzen im Magen und Unterleib, Erbrechen, Durchfall, Kräfteverfall, kalte, bläuliche Haut, Wadenkrämpfe, Herabsetzung der Herztätigkeit, Schwindel, Kopfschmerz, Ohnmacht, Phantasieren, Bewußtlosigkeit, Krämpfe, Tod, mitunter choleraähnliche Erscheinungen. In leichteren Fällen: Brennen im Halse, Erbrechen, Speichelfluß, Schling- und Magenbeschwerden. Die chronische Vergiftung kommt zum Ausdruck durch anhaltende hartnäckige Kopfschmerzen mit Verstimmung, Unlust zur Arbeit und Schlaflosigkeit, ferner gastrische Störungen wie Erbrechen und Durchfall, die zu Abmagerungen und Kräfteverfall führen, hartnäckige katarrhalische Erscheinungen der Schleimhäute, wie Schnupfen, Hals- und Luftröhrenentzündung. Häufige Erkrankungen der Haut auch mit Geschwürbildungen. Ausfallen der Haare und Nägel, Melanose, das heißt Einlagerung eines bräunlichen nicht arsenhaltigen Farbstoffes am Halse, Rumpfe und anderen Gliedmaßen. In schweren Fällen Störungen des Zentralnervensystems, Schwäche in den Muskeln und auch ein- und doppelseitige Lähmungen, wozu sich noch oft eine Beschädigung oder ein Verlust der Sehkräfte einstellt. — Als äußerst gefährlich sind die folgenden Vergiftungsgase anzusehen, wobei in Klammerung einzelne Verwendungsarten und Entstehungsursachen angegeben sind: Ammoniak (Gasanstalten, Farbenindustrie, Klosettreinigung, Verzinnen von Eisenblech, Silberspiegelindustrie), Arsenwasserstoff (Löten und Beizen von Metallen), Benzol-, Chlor- und Cyanverbindungen (Cyan-Blausäurebildung). Desgleichen Fluorwasserstoff (Glasfabriken usw.), Kohlenoxyd (Giftgase bei Hochöfen, Gießereien, Bergwerken usw.), Kohlensäure, Methylalkohol (Firnisfabrikation, Denaturieren von Spiritus, Möbelpolitierei usw.), Nitrobenzol, Nitroglyzerin, Nitrogase (Nitrostoffe kommen bei der Sprengstoff- und Munitionsherstellung in Betracht). Im weiteren die Vergiftungen durch Phosgen, Phosphor, Quecksilber, Quecksilbersalze (Hasenhaarschneiderei, Filzhutfabrikation, Spiegelherstellung, Zünd- und Sprengstoffe usw.), Salzsäure, Schwefelchlor, Schwefelkohlenstoff, Schwefelsäure, Schwefelwasser. In der überwiegenden Zahl der Fälle erzeugt die akute und die chronische Vergiftung recht qualvolle Leiden.

In den Unfallzahlen der alljährlichen Rechnungslegungen der Berufsgenossenschaften, welche durch das Reichsversicherungsamt veröffentlicht werden, sind bei den entschädigten Unfällen in der Spalte „Feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe usw. (glühendes Metall, Gase, Dämpfe usw.)" auch die akuten Gasvergiftungen mitenthalten. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug die Zahl dieser Unfälle (Spalte 13) im Jahre 1913 insgesamt 2413, 1914 2108 und 1915 1755. Ein mehr zuverlässiges Bild von diesen Unfällen gewährt der Bericht der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie für 1916. Danach betrug die Zahl der gemeldeten Unfälle durch „Feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe usw." 1912 2183, 1915 2037 und 1916 2409. Davon wurden als Schwerverletzte entschädigt 1912 204, 1915 213 und 1916 309; von diesen waren tödlich verletzt 1912 33, 1915 50 und 1916 72. Aber von den vorbezeichneten gemeldeten Unfällen entfielen auf „Giftige Gase und Stoffe usw." 1912 193, 1915 214 und 1916 296; davon wurden 1912 33, 1915 36 und 1916 64 entschädigt, wobei für 1912 11, 1915 23 und 1916 39 Tödlichverletzte mit in Frage kommen. Die zwei Kriegsjahre 1915 und 1916 zeigen eine beträchtliche Zunahme dieser Unfälle, wovon annähernd 20 v. H. entschädigt werden mußten und dabei waren 62 v. H. Tödlichverletzte. — Ueber die große Masse der chronischen Vergiftungen veröffentlichen die Berufsgenossenschaften keine Zahlen; darüber können nur die Krankenkassen der Arbeiter Auskunft geben!

Schädliche Gase können der schützenden Hülle des menschlichen Körpers, der Haut, schwer etwas anhaben; übel beeinflußt werden nur die Schleimhäute, soweit sie direkt in Berührung mit den gasförmigen Giften gelangen. Die Aufnahme von Gasen und Dämpfen erfolgt durch den Atemweg immer von der Lunge aus, wohin aber auch oft genug feinstaubförmige Gifte, wie zum Beispiel Bleiverbindungen gelangen, um dort, durch die Gewebszellen und Gewebssäfte löslich gemacht, in den Körper überzugehen. In der Lunge werden sie dann mehr oder minder schnell von dem das zarte Lungengewebe umspielenden Blute aufgenommen und weitergeführt. Je blutreicher eine solche aufzunehmende Stelle ist, um so schneller und reichlicher vollzieht sich der Uebergang des fremden Stoffes. Das Blut ist das Mittel zum Gastransport und kann durch die Aufnahme giftiger Gase direkt zerstört werden. Eine solche Wirkung wird als hämolytische (blutauflösende) bezeichnet und führt schnell zum Tode. — Das Blut kann aber auch, ohne selbst beeinträchtigt zu werden, diesen Gifttransport durchführen. Man findet in vielen Fällen bei Gas- und Dampfvergiftung, daß das Blut unbeeinflußt geblieben ist. Das betreffende Gas kann zum Blute oder vielmehr zum Blutfarbstoffe (dem Sauerstoffüberträger) eine größere chemische Verwandtschaft haben als der Sauerstoff. Ist ein solches Gas in der Atmungsluft vorhanden, dann sättigt sich der Blutfarbstoff (Hämoglobin) mit dem betreffenden Gase, und die Aufnahme des nötigen Sauerstoffes ist wegen Raummangel unmöglich geworden. Es tritt eine Erstickung durch Sauerstoffmangel im Organismus ein. Typisch ist diese Wirkung bei der Kohlenoxydgasvergiftung. Die Verwandtschaft zum Blutfarbstoffe ist bedeutend größer als die Verwandtschaft zum Sauerstoffe; es bildet sich Kohlenoxydhämoglobin. Einer besonderen Erwähnung bedarf die Kohlensäure, welche insofern eine Sonderstellung einnimmt, als sie bekanntlich normalerweise im Blute vorhanden ist. Die Vergiftung (innere Erstickung) erfolgt, wenn zu große Kohlensäuremengen in der Atmungsluft enthalten sind.

Die eigentliche Fernwirkung der gasförmigen Gifte auf die übrigen Organe des Körpers sind außerordentlich verschiedenartig. Wie schon vorerwähnt, kann das Nervensystem mehr oder weniger beeinflußt, das heißt gereizt oder gelähmt werden. Dies kann alle Arten der Nervengewebe oder nur das Zentralnervensystem oder nur das Gehirn oder das Rückenmark treffen. Treten aber bei einer solchen Blutveränderung schwere Gehirnerkrankungssymptome auf, so kann geschlußfolgert werden, daß das nervöse Zentralorgan nicht mehr genügend ernährt wird. Mangels regulierender Körperkräfte kann diese Ernährungsstörung monatelang bestehen bleiben. „So sieht man zum Beispiel nach einer Kohlenoxydgasvergiftung Erweichungsherde im Gehirn oder Eiterungen in der Lunge sich ausbilden." (Lewin.) Ferner kann der Darm gereizt oder gelähmt, und die großen Drüsen des Körpers, die Speicheldrüsen, Leber, Niere, können geschädigt werden; dadurch kann bei Nierenreizung Zucker oder Eiweiß im Harn auftreten. Ueberdies sind es gewisse Gifte, wie Phosphor und Arsen, welche auf den gesamten Ernährungszustand einwirken und deshalb Stoffwechselgifte genannt werden. Diese Art der Einwirkung ist physiologisch noch nicht ganz aufgeklärt. Je inniger die Berührung zwischen dem Gift und den Körpergeweben vor sich geht, und je länger sie andauert, um so energischer gestalten sich die Folgen. Die Spätwirkung eines gasförmigen Giftes kann auch zustande kommen, wenn auch nur kleine Mengen davon aufgenommen werden; ebenso kann aber auch auf eine anfängliche schwere Vergiftung eine scheinbare Besserung und nach einigen Tagen der Tod unter Erstickungssymptomen eintreten, wie das bei Vergiftungen durch nitrose Gase (die sich bei der Einwirkung von Salpetersäure auf Metalle entwickeln) wiederholt zu konstatieren war. Bei anderen Vergiftungen schließt sich an das akute Leiden ein chronisches an, das dem Arbeiter langsam, schleichend seine Arbeitskraft zerstört und beraubt. Ein Gas ist um so gefährlicher, wenn es nur schwach oder überhaupt geruchlos ist, wie zum Beispiel Schwefelsäure, Nitroglyzerin, Kohlenoxyd, Kohlensäure (Kanal-, Gruben- und Brunnengase), Sumpfgas, Wasserstoff usw. Dabei ist weiter zu beachten, daß im Vergleich zu den Infektionskrankheiten (Typhus, Cholera usw.) es gegen die Gifte keine Mittel gibt, die durch Einimpfung eine Immunität erzeugen. „Es gibt kein einziges chemisch bekanntes Gift, das, beliebig lange Zeit Tieren eingeführt, ein Gegengift im Blute entstehen läßt, dem die Fähigkeit zukommt, in irgendeiner Weise das Gift unschädlich oder vorbeugend, eine Giftwirkung unmöglich zu machen." (Lewin.)

Für die Gestaltung einer Giftwirkung ist oft die persönliche Veranlagung des Leidenden ausschlaggebend. Sie kann in einer Unter- oder Ueberempfindlichkeit bestehen und ist selten erworben, meistens ererbt. Gewöhnlich bleibt sie, solange das Leben dauert, und jeder Versuch, sie zu beseitigen, scheitert. Ein körperstarker Mensch kann gegen bestimmte Schädlichkeit überempfindlich, dagegen ein Kränklicher oder Schwacher unter- oder sogar unempfindlich

Das Atmen des Stoffes

Der Mensch atmet; das Tier schöpft Luft; die Pflanze holt sich den Sauerstoff heraus, durch den in ihren zarten Geweben jene chemischen Veränderungen hervorgerufen und jene Kräfte ausgelöst werden, deren Wirkungen ihr Leben ausmachen und bedingen. Aber selbst toter Stoff atmet — wenn auch nur in bildlichem Sinn. Der Sonnenstrahl trifft ein Stückchen kalten Eisens und umspielt es freundlich. Gierig saugt es die Wärme ein: es scheint, als ob es seinen Brüdern wohlig würde; es dehnt sich ein wenig aus. Freilich nur um ein Geringes, so daß es dem Auge zumeist entgeht, wo es nicht mit besonderen Hilfsmitteln arbeitet. Und wenn der Sonnenstrahl wieder Abschied genommen hat, sinkt der Brüderlein zurück, und das Eisenstückchen nimmt bescheiden seinen alten Raum ein. Für diese lebensvollen Vorgänge hat man den bekannten nüchternen Satz geprägt: Die Wärme dehnt die Körper aus.

Aber was geht eigentlich bei diesem Atmen, diesem Sichausdehnen vor? Fast könnte man sich wieder für jene alte Auffassung begeistern, nach der die Wärme ein eigenartiger Stoff ist, der den Dingen gewissermaßen eingeschüttet wird. Ein Mann wie der große Newton hat das noch angenommen. Dann wäre zum Beispiel ein Nagel einer Schachtel zu vergleichen, deren Wände sich ein wenig ausbiegen, wenn eine reichliche Füllung eingebracht wird. Aber man erklärt jetzt den Ausdehnungsvorgang doch etwas feiner. Auch der „massivste" Körper stellt kein geschlossenes Ganzes dar. Er besteht vielmehr aus Urteilchen, aus sogenannten Molekülen (Kleinmassen), welche gewisse Zwischenräume zwischen einander frei lassen, die mit „Aether" gefüllt sind. Und diese kleinen Körperchen verharren durchaus nicht in Ruhe. Vielmehr führen sie ein munteres Spiel auf. Es ist freilich schwer, sich ihr Treiben auszumalen, und es bleibt dem Vorstellungsvermögen und dem Geschmack überlassen, sich ein Bild davon zu machen. Tobt ein wilder Bienenschwarm zwischen den Grenzflächen des Körpers, oder bewegen sich in ihm winzige Planetensysteme um Sonnen, die vielleicht wieder um Zentralsonnen kreisen, wie es die großen Gestirne im Weltall tun? Oder darf man an muntere Tänzer denken, die sich im Reigen drehen?

Erwärmung ist nun nichts anderes als Steigerung der Bewegung jener kleinen Bestandteilchen, aus denen sich der Stoff zusammensetzt. Und jetzt macht das letzte der gewählten Bilder uns anschaulich, wenn sich warm werdende Körper ausdehnen: die lebhafter gewordene Tanzgesellschaft rückt die Wände ihres Tanzsaales einfach hinaus, um Raum zu gewinnen. Oder ohne Bild: die Kraft der Wärmebewegung wirkt den zusammenhaltenden, bindenden Kräften entgegen, so daß leise Spuren eines Zerfalls auftreten.

Und wie groß ist die Ausdehnung der Körper? Betrachten wir zuerst einige metallische. Hier denken wir uns Stäbe von der Länge eines Kilometers und geben nun an, um wieviel Millimeter sie jedesmal länger werden, wenn die Temperatur je um 1 Grad von null an zunimmt. Das Wachstum beträgt unter diesen Bedingungen bei Glas 8, bei Platin 9, bei Eisen 12, bei Gold 14, bei Kupfer 17, bei Messing und Silber 19, bei Zinn 22, bei Aluminium 23, bei Blei und Zink 29, bei Natrium 72, bei Kalium 83 Millimeter. Diese Ausdehnungen sind nicht so unbedeutend, wie man anzunehmen geneigt sein könnte. Ein Eisenstab von der Länge eines Meters dehnt sich allerdings bei Erwärmung von 0 auf 1 Grad nur um den tausendsten Teil von 12 Millimetern aus; erwärmt man das Eisen aber auf 100 Grad, so muß man den erreichten Betrag wieder mit 100 vervielfältigen, und man kommt dabei auf den zehnten Teil von 12 Millimeter, das heißt auf eine Ausdehnung von 1,2 Millimeter, mit der gewiß zu rechnen ist.

Flüssigkeiten erscheinen launischer in ihrer Ausdehnung als feste Körper. Sie neigen sich im allgemeinen im Bereich von 0 bis 100 Grad unregelmäßig, was die festen Körper nicht tun. Wasserstoffgas zeigen sogar die besondere Eigenmäßigkeit, größer zu werden, wenn sie kälter als 4 Grad geworden sind. Quecksilber freilich hält sich in geregelten Bahn. Gase dehnen sich nicht nur sehr stark, sondern auch überaus gleichmäßig aus. In einem Zylinder mit aufwärts bewegbarem Kolben sollen sich genau 273 Kubikzentimeter Gas befinden, das 0 Grad warm ist. Erwärmen wir dies Gas um 1 Grad, so entsteht eine Spannung, und es wird der Kolben aufwärts getrieben, bis wieder Gleichgewicht mit dem Luftdruck erreicht ist. Es findet sich dann, daß das Gas jetzt genau 274 Kubikzentimeter einnimmt. Und bei einer Erwärmung um 10 Grad würde es sich um den Betrag von 283 handeln. Würde man umgekehrt das Gas auf 273 Grad unter 0 abkühlen, so müßte der wunderbare Fall eintreten, daß es — überhaupt ganz verschwände!

Man könnte ein Buch über die Unzuträglichkeiten schreiben, die aus dieser Unbeständigkeit der Körpergrößen erwachsen, zumal in einer Zeit, wo man soviel auf Feinmechanik hält. Doch sei hier nur ein Gebiet berührt: dasjenige des Messens.

Der Weltweise lehrt uns, daß sich alle unsere Vorstellungen in den Formen von Zeit und Raum bewegen, bezüglich daß wir stets mit diesen Größen arbeiten. Und gerade das Räumliche und das Zeitliche droht durch diese unangenehme Eigenschaft der Körper erschüttert zu werden! Ein Zinkstab sei 10 Grad warm und werde mit einem eisernen Meßmaß gemessen, das ebenfalls 10 Grad warm ist. Es soll sich ergeben, daß der Zinkstab genau ein Meter lang ist. Was geschieht nun aber, wenn beide Stäbe zwanzig Grad warm werden? Dann werden beide länger sein; aber da sich Zink etwa doppelt so stark ausdehnt wie Eisen (Verhältnis 29 zu 12), so wird der Zinkstab an den Eisenstab überragen, und man wird erklären müssen, daß der Zinkstab länger als ein Meter sei. Aber man braucht dann nur lässiger Weise den Eisenstab für sich gehörig weiter zu erwärmen, um wieder das Urteil hervorzurufen, daß der Zinkstab doch gerade ein Meter lang sei.

Ueberhaupt schwankt ein Meterstab — wir denken wieder an einen eisernen — um den richtigen „Normalwert" herum. Der Astronom Bessel hat für Linienmessungen auf der Erde eine sehr feine Vorrichtung ersonnen, die dennoch ein genaues Messen ermöglichen soll. Auf einer 4 Meter langen Eisenstange liegt eine etwas kürzere Zinkstange. Links gleichen beide Enden miteinander ab; dort sind die Stangen aufeinander befestigt. Rechts können sich die Enden gegeneinander verschieben. Je wärmer nun die Stangen werden,

sein. Die persönliche Eigenart schafft auch die regelwidrigen Verlaufsarten von Vergiftungserkrankungen und ist dazu angetan, ein bestehendes Leiden, wie zum Beispiel einen Krankheitsherd in der Lunge, zu verschlimmern. Jedoch treten bei der Heilkunde die Durchschnittsempfindlichen in den Vordergrund, und danach können auch leichte Vergiftungen die Dispositionen zu anderen Erkrankungen schaffen oder die Ursache geben; und kann besonders bei chronischen Vergiftungserkrankungen auch die Heilung anderer Unfälle (Wunden und Knochenbrüche und dergleichen) noch nach Jahren recht sehr erschwert werden.

Zurzeit werden in den giftgefährlichen Betrieben eine große Zahl von Frauen und Jugendlichen beschäftigt, und welche Gesundheitsschädigungen ergeben sich für diese daraus? — Welche Wirkung hier die verschiedenartigen Vergiftungen in der chronischen Entwickelung auf die Frauen in bezug der geschlechtlichen Sphäre ausüben — ist wohl noch nicht ganz festgestellt. Aber jedenfalls liegt es nach den Erfahrungen bei den Bleivergiftungen sehr nahe, anzunehmen, daß die Mutterschaft gefährdet oder daß dadurch eine Lebensschwäche der Kinder herbeigeführt wird. Wie aus dem Vordargelegten zu ersehen, ist es ein Gebot der Stunde, mit allen zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen diesen Gesundheitsschädigungen der Arbeiter entgegenzutreten! G. Heinke.

Unser Verband in der 171. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 171. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Artern, Gotha, Nienburg, Schleiz, Wolfenbüttel, Heide, Osterholz-Scharmbeck, Uetersen, Wedel-Schulau, Koblenz, Metz, Amberg und Landshut.

Übersicht über die Zeit vom 4. bis zum 10. November 1917.

Bezirk	Verwaltungstellen haben berichtet ja	nein	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche*	Davon vom Heer entlassen	Mitgliederabgang überhaupt	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	Vom Hundert	Ausgaben für Arbeitslosenunt.-stützung M
1.	33	—	10310	11	71	22	10239	5	0,05	42
2.	29	—	11912	10	96	40	11816	8	0,07	69
3.	31	—	10092	24	51	11	10041	7	0,07	16
4.	51	—	45468	126	360	122	45108	139	0,31	525
5.	74	5	37786	62	257	88	37529	13	0,03	87
6.	38	4	36436	98	174	39	36262	17	0,05	77
7.	34	—	62459	63	606	129	61853	8	0,01	31
8.	26	2	21653	38	118	26	21535	2	0,01	22
9.	49	—	41685	56	438	132	41247	77	0,19	72
10.	36	2	27458	46	182	39	27276	33	0,12	176
11.	1	—	72299	132	130	130	72169	238	0,32	621
Zus.	402	13	377558	666	2483	778	375075	547	0,15	1738

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugereisten, Neuaufgenommenen und vom Heer Entlassenen.

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 3952 neue Mitglieder aufgenommen. 112 Mitglieder wurden mehr zum Heer eingezogen als entlassen.

4677 Mitglieder = 1,25 v. H. waren **krank** gemeldet, an die 31874 M Unterstützung ausbezahlt wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 2. Dez. der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. Dezember 1917 fällig ist.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Berichte

Metallarbeiter.

Altenburg. Ein „Erfolg" der Unabhängigen. In Nr. 44/45 der Metallarbeiter-Zeitung wird über das Ergebnis einer Mitgliederversammlung in Meißen berichtet. Der Schluß lautet: „Mit großer Mehrheit wurde schließlich die folgende Resolution angenommen: ‚Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich, nachdem sie sich nochmals mit dem Verbandstag in Köln beschäftigt, mit der Haltung der Opposition auf dem Verbandstage einverstanden und verurteilt auf das entschiedenste die Instanzenpolitik des Vorstandes und der Generalkommission. Die Versammelten erheben Protest gegen die Abführung von Verbandsgeldern an die Generalkommission zur Unterstützung arbeiterfeindlicher Politik und fordern unabhängigen schärfsten Klassenkampf.'" Das liest sich so, als wenn die Versammlungsbesucher in ihrer Mehrzahl die überzeugtesten Gegner der „Instanzenpolitik" und Anhänger des „unabhängigen (!?) schärfsten Klassenkampfes" wären. In Wirklichkeit bewies der Verlauf der Versammlung und das erstmalige Ergebnis der Abstimmung für den unbefangenen Teilnehmer, daß die Mehrzahl der Versammlungsbesucher als Anhänger der „Unabhängigen" nicht gekommen waren und deren „Theorien" an diesem Abend das vom Leipziger Berichterstatter und seinem Anhang erstrebte Ergebnis zunächst nicht hatten. Diese Tatsache verdient festgehalten zu werden, was hiermit geschieht. Die Abstimmung über die obige Resolution erfolgte zweimal. Die erste Abstimmung ergab eine schwache Beteiligung, so daß der Versammlungsleiter als Ergebnis sinngemäß feststellen mußte: „Die Mehrzahl hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt, von den übrigen hat die Mehrzahl für, die Minderheit gegen die Resolution gestimmt." An dieser Feststellung wurde und konnte von keiner Seite gezweifelt werden, so groß war die Zahl der Nichtbeteiligung an der Abstimmung. Warum der Versammlungsleiter sich dazu bewegen ließ, eine nochmalige Abstimmung vorzunehmen, nachdem er den Versammlungsbesuchern die Notwendigkeit der Beteiligung erläutert hatte, kann unerörtert bleiben. Die nun folgende Abstimmung wäre wert gewesen, durch Lichtbild festgehalten zu werden. Von denen, die vor einigen Minuten sich der Stimme enthielten, waren die meisten „Unabhängige" geworden. Aber nicht dergestalt, daß man sagen könnte, sie hatten sich die Sache nochmal schnell durchdacht, um nun durch sofortiges Handerheben sich für die Resolution zu erklären, o nein, so war es nicht. Zögernd, dabei nach diesem und jenem Umschau haltend, kamen allmählich die Hände der Kollegen und Kolleginnen, die vor Minuten sich noch nicht klar waren, welcher Richtung sie den Vorzug geben sollten, größtenteils hoch. Die „Mehrheit" war erreicht! — A. Frölich.

Magdeburg. Die gut besuchte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nahm am 4. November in Fredderichs Konzert- und Ballhaus den Geschäftsbericht der Verwaltung entgegen. Brandes teilte unter anderm darin die Schritte mit, die zugunsten der Einführung der durchgehenden achtstündigen Arbeitszeit in der Metallindustrie unternommen sind. Angesichts der Ernährungsschwierigkeiten, verstärkt durch die in den Haushaltungen wie in den privaten und städtischen großen Werken sich immer schärfer geltend machende Kohlennot, liegt diese Neuregelung der Arbeitszeit im Interesse aller Beteiligten. Was alle bisherigen Maßnahmen zur Kohlenersparnis zusammengenommen in einer Zeit von Monaten bringen, wird bei dem gewaltigen Verbrauch in der Industrie in wenigen Tagen erreicht, wenn die jetzige unwirtschaftliche Arbeitszeit aufgehoben ist. Die großen Vorzüge werden auch zugegeben, die Einführung aber mit dem angeblichen Produktionsausfall bekämpft. Die Verwaltung hat deshalb den beteiligten Stellen das Unrichtige dieser Annahme nachzuweisen versucht. Die bisherige Kürzung der Arbeitszeit während des Krieges (Wegfall der Sonntagsarbeit, Wiedereinführung des Sonnabend-Frühschlusses um 3 Uhr, und für die Nachtschicht um 11 Uhr, Herabsetzung der regelmäßigen Arbeitszeit von 55½ auf 52½ Stunden wöchentlich und Verzicht auf Ueberarbeit) hat keinen Rückgang der Produktion gebracht, das Gegenteil wird vielmehr bewiesen durch die eingetretene Steigerung der Wochenverdienste für die Akkordarbeiter. Letztere betragen an zwei Drittel aller in der Metallindustrie Magdeburgs Beschäftigten. Diese Wochenverdienste sind trotz der vorstehenden Beschränkung der Arbeitszeit um erheblich mehr gestiegen, als die inzwischen zugestandene Akkordpreisaufbesserung ausmacht. Die Produktion kann mithin, von Ausnahmen abgesehen, nicht geringer geworden sein. Welcher Ausfall entsteht aber jetzt durch die Feierschichten Tausender von Arbeitern, die mehr und mehr in den großen Werken in letzter Zeit zu verzeichnen sind, weil die Organisation des Kohlenverbrauchs ungenügend ist? Die Vorzüge der durchgehenden achtstündigen Arbeitszeit liegen auch noch auf anderm Gebiete; ganz besonders auf dem des so dringend notwendigen Schutzes der Frau. Mehr als 10000 Arbeiterinnen sind in der Metallindustrie Magdeburgs beschäftigt, zum größten Teile mit Arbeiten, die dem weiblichen Organismus im höchsten Grade schädlich sind. Die andauernd starke Belastung der Orts- und Betriebskrankenkassen zeigt die Verschlechterung des Gesundheitszustandes und ist eine ernste Mahnung. Die Verwaltung hat dem Verband der Metallindustriellen und dem Kriegsamt eine eingehende Begründung für die beantragte Regelung der Arbeitszeit eingereicht. Brandes bespricht dann die zahlreichen Lohnbewegungen mit fast ausnahmslos gutem Erfolg. Weitere Erhöhungen der Löhne werden solange nötig sein, wie die Preise der Waren für den täglichen Bedarf steigen. Er weist ferner auf jene wichtigen Veränderungen im Wirtschaftsleben, auf die ungeheure technische Entwicklung und auf die Konzentration des Kapitals hin. All das sei von hohem Einfluß auf die künftige Entwicklung der Arbeiterbewegung. Unsere Mitgliederzahl in Magdeburg ist seit Anfang 1916 andauernd gestiegen, im letzten Vierteljahr wieder von 8215 auf 8542. Zu diesen zahlenden kommen noch die beim Heer und der Marine befindlichen 5464 Mitglieder. Die eigentliche Mitgliederzahl beträgt mithin zurzeit 14000 oder 4000 mehr als vor Ausbruch des Krieges. Daß die Organisation auch ferner an Stärke und Einfluß gewinnt, muß Aufgabe jedes Mitgliedes sein. In steter richtiger Zusammenarbeit mit den selbst gewählten Leitungen werde dieses Ziel erreicht. Hartung berichtet, daß Kasse und Bücher in guter Ordnung seien und beantragt Entlastung der Verwaltung. Zur Beschlußfassung wird auch ein Antrag Buckau gestellt, nach welchem die Neue Zeit den Funktionären nicht mehr aus lokalen Mitteln geliefert werden soll. Ein Antrag des Bezirks Neue Neustadt die Weihnachtsunterstützung betreffend wurde vor Beginn der Debatte zurückgezogen. An der Aussprache beteiligten sich Schiefel, Hartung, Springer, Reinhardt, Schwirten, Weber, Meng, Daute, Weilkes, Grune, Assel, Werner, Prödel und Haub. Sie unterstützten ausnahmslos die Forderung der durchgehenden Arbeitszeit und besprachen zum Teil dabei auch den Verlauf der Zirkusversammlung und die Beteiligung an den geplanten Revisionen der Kohlenkeller. Im übrigen behandelten die Redner die Notwendigkeit weiterer Lohnaufbesserungen, die unzureichende Tätigkeit mancher Arbeiterausschüsse auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen, weil sie durch die Lebensmittelverteilung überlastet sind. Einzelne Redner bemängeln die Tätigkeit der Generalkommission gegen die behördliche Maßnahme zur Einschränkung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts. In seinem Schlußwort geht Brandes auf eine Reihe der Einwände ein und gibt die Stellung der Verwaltung zu denselben bekannt. Der Antrag der Revisoren sowie der Antrag Buckau werden angenommen. Die Weihnachtsunterstützung für die invaliden Mitglieder bleibt auch in diesem Jahre die sonst übliche. Ein besonderer Beitrag für Kriegshilfe soll dagegen in diesem Jahre nicht erhoben werden. Die Unterstützung der Kriegsehefrauen soll sich beschränken auf solche Fälle, für welche ein besonderer Antrag gestellt wird. Wegen der vorgerückten Zeit wird der Rest der Tagesordnung abgesetzt. Die Erledigung desselben wird im Dezember in einer neu einzuberufenden Mitgliederversammlung erfolgen.

München. Wegen einer Reihe vordringlicher Aufgaben war die Verwaltungstelle München erst Mitte November in der Lage, den Bericht über die Generalversammlung zu Köln zum Abschluß zu bringen. Der Berichterstatter, Kollege Kurth, hob die Bedeutung des Verbandstages hervor, die hauptsächlich in der Bestimmung des Weges bestehe, den unsere Organisation einzuschlagen habe, als auch die übrige dort geleistete praktische Arbeit. Er besprach das Verhalten der Minderheit, die die Organisation für ihre politischen Zwecke auszunützen sich bestrebt zeigt, betonte scharf, daß nur auf dem Boden der bisherigen Taktik der Verband seine Aufgaben wirklich und ernst erfüllen konnte und dies auch in der Zukunft nur so möglich sein werde. Von den Rednern der Opposition wurde das Verhalten der Gewerkschaften, insonderheit unseres Verbandes, als gegen die Prinzipien der Arbeiterbewegung verstoßend erklärt und wörtlich ausgeführt, daß mit dem Aufruf der Minderheit dem Proletariat mehr Nutzen geschafft worden sei, als durch die Erklärung Kurth. Besonders wurde auch gegen die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz gesprochen und hierbei äußerte ein Redner der Opposition, daß ohne die politische Macht, die wir erst erringen müssen, das Hilfsdienstgesetz keinen Wert hat. Daß wir also die politische Macht noch nicht soweit besitzen, erkennen die Anhänger der Opposition selbst an. (Aber welchen Zweck soll das Hilfsdienstgesetz einmal dann haben? D. V.) Sie erklären auch, daß „das deutsche Volk politisch und wirtschaftlich indifferent sei". Weiter wurde in der Versammlung auch von den Unabhängigen erklärt, daß sich viele Unorganisierte recht gern organisiert hätten, wenn nur die Politik eines Legien und Bauer nicht bestünde; unter den Unorganisierten seien viele, die sich deshalb der Organisation nicht anschließen, weil sie noch zu sehr links stünden und mit der Politik der Gewerkschaft deshalb nicht einverstanden sein könnten. Daß man sich auf die Unorganisierten als Kronzeugen für die angeblich unzulängliche Politik der Gewerkschaften beruft, blieb den Unabhängigen wohl allein vorbehalten. Trotzdem für die zweite Versammlung von den Unabhängigen sehr stark für einen größeren Besuch agitiert worden war, war diesen doch kein Erfolg beschieden. Gegen die untenstehend abgedruckte Entschließung brachten sie eine Erklärung ein, in der das Verhalten der Opposition auf dem Verbandstag als richtig dargestellt wird, und daß sie sich auf den Boden des Aufrufs der Minderheit stellen. Die Versammelten sollten in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihre wirkliche Interessenvertretung erblicken. Daß für eine solche Verbindung aber gerade in München der allerungeeignetste Boden ist, müßten auch die Unabhängigen hier erkennen, wenn sie das wirklich gute Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaften in München nur einigermaßen kennen würden. Die Erklärung der Minderheit aber wurde überflüssig durch die folgende Entschließung, die gegen ganz wenige Stimmen der Unabhängigen Annahme fand: „Die Mitgliederversammlung der Verwaltungstelle München erblickt in den Bemühungen der Minderheit, die Organisation politischen Zwecken dienstbar zu machen, eine schwere Gefahr für das Gedeihen gewerkschaftlicher Arbeit. Die Arbeiter bedürfen zur Erreichung einer höheren Lebenshaltung in erster Linie eines höheren Lohnes und besserer Arbeitsbedingungen. Diese lassen sich aber nur erreichen auf dem Boden eines freien Koalitionsrechtes und unter dem Schutze der Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Gewerkschaften haben mühevoll jeden Schritt auf diesem Gebiete erkämpft und sind in diesen Kämpfen groß geworden. Jeder gewerkschaftliche Erfolg dieser Art bedeutet eine Abbröckelung am Gebäude der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die sich für zu stark erwiesen hat, als daß sie durch revolutionäre und politische Massenaktionen plötzlich beseitigt werden könnte. Indem aber der Arbeiterschaft eine ihre Kräfte übersteigende Machtfülle vorgetäuscht wird, werden nur die Arbeiter geschädigt und um die Früchte ihrer jahrelangen planmäßigen Arbeit gebracht. Gegen ein solch bewußt angelegtes Treiben erhebt die Mitgliedschaft München entschiedensten Einspruch und stellt sich nach wie vor auf den Boden des Programms, das sich der Verband wiederholt auf den verschiedensten Verbandstagen gegeben hat und das Richtschnur für den Verband geblieben ist. Zur gesetzlichen Verwirklichung ihrer Forderungen können die Metallarbeiter der politischen Anlehnung an die Sozialdemokratie nicht entbehren. Nach wie vor aber bekennen sie sich hierin zur alten Partei und lehnen alle Versuche ab, die bestehenden politischen Differenzen in die Gewerkschaften hineinzutragen."

Rundschau

Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

Gestützt auf § 11 Absatz 2 des Hilfsdienstgesetzes haben die Landeszentralbehörden für die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse Geschäftsordnungen aufgestellt. Sie schnürten die Bewegungsfreiheit der Ausschüsse so außerordentlich ein, daß diese so gut wie vollständig unter die Vormundschaft der Unternehmer gerieten. Der Widerspruch aus den Reihen der gewerkschaftlichen Organisationen war die notwendige Folge und das um so mehr, als der § 11 Absatz 2 des Gesetzes solche Befugnis der Landeszentralbehörden keineswegs vorsieht. Die „Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände" brachte diesen Streit zum Austrag, indem der 22. Ausschuß des Reichstags im April d. J. sich dieser Auffassung anschloß und die Befugnis der Landeszentralbehörden, Verordnungen über die innere Organisation der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse erlassen zu können, klar und bündig verneinte. Nunmehr mußte der Bundesrat zu der Frage Stellung nehmen; er teilte zwar nicht die Auffassung des Reichstagsausschusses, vermittelte aber und schlug in Uebereinstimmung mit dem Reichstagsausschuß vor, Grundsätze aufzustellen, an die die Landeszentralbehörden beim Erlaß von Geschäftsordnungen für Arbeiter- 2c. Ausschüsse sich zu halten hätten. Ueber solche „Grundsätze" wurde in den letzten Sitzungen des 22. Reichstagsausschusses beraten. Sie bedeuten im wesentlichen eine Besserung des heutigen Zustandes. So wird zunächst klargestellt, daß für die Feststellung, ob überhaupt 50 Arbeiter oder 50 versicherungspflichtige Angestellte beschäftigt sind, diese Beschäftigten ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter oder Staatszugehörigkeit mitzählen. Die Arbeiter- 2c. Ausschüsse sollen auch für einzelne Betriebsabteilungen errichtet werden dürfen; man denkt dabei an Großbetriebe, deren Abteilungen mehr oder weniger abgesonderte Teile des Gesamtunternehmens darstellen.

Eine vielerörterte Frage ist, ob der Arbeiter- 2c. Ausschuß seine Aufgaben möglichst selbständig und vom Unternehmer unabhängig verfolgen oder sich zu beschließenden Sitzungen nur auf Einladung und unter Leitung des Betriebsunternehmers vereinigen kann; das letztere bezwecken die „Grundsätze" der Reichsregierung. Im Reichstagsausschuß war eine recht starke Neigung für die volle Selbständigkeit der Arbeiter- 2c. Ausschüsse; sie müßten ihre Sitzungen selbständig einberufen und leiten können und das Recht erhalten, den Betriebsunternehmer dazu zu laden. Indes haben im besonderen die Angestelltenausschüsse nur zu oft die starke Abneigung der Unternehmer gegen Verhandlungen überhaupt wahrnehmen müssen. Bei dieser Regelung läge also die hohe Wahrscheinlichkeit nahe, daß die Unternehmer den Einladungen der Ausschüsse sich vielfach entziehen würden; damit aber wäre den Angestelltenausschüssen Wert und Bedeutung genommen worden. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten wurde deshalb die Erscheinungspflicht des Betriebsunternehmers oder seines Vertreters als notwendige Ergänzung angeregt. Hierfür bestand weder in der Regierung noch bei der Mehrheit des Reichstagsausschusses Geneigtheit. Es wurde dann für zweckmäßiger angesehen, dem Unternehmer zwar Einladung und Leitung der Sitzungen zu belassen, aber die Ausschüsse in sich selbst zu konstituieren und ihnen das Recht zu geben, auf Einladung ihres Obmanns zu „Vorbesprechungen" zusammenkommen. Der Zeitpunkt für solche Vorbesprechungen soll mit der Betriebsleitung dann zu vereinbaren sein, wenn sie während der Arbeitszeit stattfinden. Ein Beschlußrecht gestand der Entwurf der Grundsätze solchen „Vorbesprechungen" nicht zu; auf Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten wurde ein Beschlußrecht wenigstens darüber erreicht, ob die Schlichtungsstellen angerufen werden sollen oder nicht. Alle Beschlüsse werden bei ordnungsgemäßer Einladung sämtlicher Mitglieder durch Stimmenmehrheit der Erschienenen gefaßt, bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Für versäumte Arbeitszeit wegen ihrer Zugehörigkeit zum Ausschuß dürfen dessen Mitgliedern Lohnabzüge nicht gemacht werden. Durch § 13 der Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917 ist dem Unternehmer unter Androhung von Geld- oder Haftstrafen weiter untersagt, die Arbeiter und Angestellten in der Uebernahme und Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines Arbeiter- 2c. Ausschusses zu beschränken oder sie wegen Uebernahme oder der Art der Ausübung zu benachteiligen.

Eine wesentliche Regelung treffen die „Grundsätze" über das Erlöschen des Amts im Arbeiter- 2c. Ausschuß. Die Verordnungen der Landeszentralbehörden bestimmen zumeist, daß dazu der Fortfall der Wählbarkeit führe. Das war gerade in der Kriegszeit für die Angestellten recht nachteilig, weil ihre Wählbarkeit abhängig ist von der Versicherungspflicht zur Angestelltenversicherung; wessen Gehalt 5000 M übersteigt, verlor sein Amt im Angestelltenausschuß. Das ist nunmehr beseitigt; nur das Ausscheiden aus dem Betriebe oder aus der Betriebsabteilung mit einem besonderen Arbeiter- 2c. Ausschuß führt das Erlöschen der Mitgliedschaft herbei.

Schließlich sollen die Landeszentralbehörden nicht nur befugt, sondern künftig verpflichtet sein, selber alles Erforderliche anzuordnen, wenn ein Betriebsunternehmer seiner Pflicht zur Errichtung der Ausschüsse nicht nachkommt.

Der Reichstagsausschuß hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß er den Vermittlungsvorschlägen der Reichsregierung nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung folgt, daß die mit seiner Zustimmung aufgestellten „Grundsätze" von den Landeszentralbehörden

---

um so kürzer wird der Abstand der freien Enden. Denn wenn auch das Ende des sich dehnenden Eisens nach rechts flüchtet, so kommt ihm doch das Zinkende näher, weil sich sein Metall ja schneller ausdehnt. Mittels Keilen wird dann der Abstand genau gemessen, und darum läßt sich rechnerisch beispielsweise schließen, daß die Eisenstange mit einem Millimeter über 4 Meter zu werten ist.

Auch die Zeit wird schwankend mit der Wärme. Sie dehnt das Pendel aus; es schwingt dann langsamer, und es werden uns etwas längere Stunden zugemessen. Man hat auch hier für „Kompensationen", für einen Ausgleich gesorgt. So hat man statt der Linse ein Gefäß mit Quecksilber angeordnet. Das Gefäß sinkt dann zwar bei Erwärmung, und dadurch kommt der Schwerpunkt tiefer zu liegen. Aber das Quecksilber rückt nach oben und rückt dadurch seinen Schwerpunkt zum Ausgleich hinauf. Auf diese Weise verändert der „Schwingungspunkt" seine Lage nicht wesentlich, und die Geschwindigkeit der Pendelbewegungen bleibt ziemlich gleich.

Man sehnt sich wahrlich nach einem Stoff, dessen Körper völlig wärmefest sind. Platin befriedigt ja annähernd. Darum ist in Paris im „Internationalen Büro der Gewichte und Maße" ein Platin-Iridiumstab niedergelegt, der die Länge des Meters dauernd festhalten soll. Bei 0 Grad weist dieser das Meter völlig genau; bei Erwärmung wächst seine Länge um einen praktisch belanglosen Betrag. Uebrigens sind wir selbst versehen, denn als Urmaß für die deutsche Längenmessung gilt seit 1889 die im Besitz der Kaiserlichen Normaleichungskommission zu Berlin befindliche Kopie Nummer 18 des internationalen Meters.

Oder sollte man Maßstäbe aus Quarz herstellen? Ein Quarzstab von 1 Meter Länge wird beim Erhitzen von 0 auf 1000 Grad nur um etwa einen halben Millimeter länger. Aber solche Maßstäbe wären ein wenig zerbrechlich.

Und schließlich würden selbst sie nicht völlig einwandfrei sein. „Alles fließt!" hat ein weiser Mann einst gesagt. Auch bei Meßstab und Pendel werden wir uns dies Fließen wohl gefallen lassen müssen.

Hans Bourquin.

vollinhaltlich beachtet werden. Er hat sich Handlungsfreiheit vorbehalten, wenn sich diese Behörden zu den „Grundsätzen" anders verhalten, als nach der Zusicherung der Reichsregierung zu erwarten ist.

Arbeiterversicherung.

sk. **Kriegsrentner unterliegen der Invalidenversicherung.** Das Reichsversicherungsamt hat sich dahin ausgesprochen, daß Kriegsrentner nicht von der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung befreit sind. Entstanden ist diese Frage durch zwei gesetzliche Bestimmungen, sowohl in der Invaliden- als in der Angestelltenversicherung, nach welcher auf seinen Antrag von der Versicherung befreit werden kann, wer vom Reich Ruhegehalt im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse bewilligt erhielt, wenn daneben Anwartschaft auf Hinterbliebenenfürsorge gewährleistet ist. Für Kriegsrentner treffen anscheinend die Voraussetzungen zu, denn die Invalidenversicherung nach der niedersten Klasse ist wohl stets niedriger, als die geringste Militärrente nebst der Kriegs- und Verstümmelungszulage. Nur ist bei Kriegsrentnern keine Anwartschaft auf Hinterbliebenenfürsorge gewährleistet. Diese würde vielmehr nur dann in Frage kommen, wenn der Rentner an der Verwundung oder Erkrankung, für welche die Rente bewilligt ist, nachträglich stirbt. Für ledige Rentner bedarf es aber, wieder nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, dieser Gewährleistung gar nicht. Daher glauben vielfach ledige Rentenempfänger, die Befreiung von der Invalidenversicherung beantragen zu sollen. Auch Befreiungen von der Angestelltenversicherung sind bewirkt worden. Nun hat das Reichsversicherungsamt grundsätzlich entschieden, daß eine Militärrente kein Ruhegeld im Sinne der Invalidenversicherung der Reichsversicherungsordnung ist. Sie vermag die Befreiung von der Versicherungspflicht daher nicht zu begründen. Wenn auch diese Entscheidung zunächst nur für die Invalidenversicherung gefällt wurde, so ist sie doch für die Angestelltenversicherung im vollen Umfange ebenfalls zutreffend.

Erpresserisches Unternehmertreiben.

Die Tochter eines Solinger Messerarbeiters hatte in einer dortigen Fabrik gearbeitet, aber aus verschiedenen Gründen aufgehört. Daraufhin sandte der Unternehmer ihrem Vater eine Karte folgenden Wortlauts:

Solingen, den 7. Juli 1917.

Herrn ....., Solingen. Ihre Tochter hat ohne jede Kündigung hier aufgehört und ersuche ich Sie, zu veranlassen, daß solche Montag morgen die Arbeit wieder aufnimmt und hätte ich nicht gedacht, daß Sie das Fortbleiben so ohne weiteres gutheißen.

Ferner erwarte ich Ihren Besuch Montag morgen, vormittags gegen 10 bis 11 Uhr, persönlich, da Sie sonst Gefahr laufen, in den nächsten Tagen wieder militärisch eingezogen zu werden. Sie wollen dieses also nicht vergessen. Mit Gruß Albert Röttgen.

Der Arbeiter ist kurz darauf tatsächlich wieder eingezogen worden. Natürlich läßt sich nicht feststellen, ob dies auf Grund einer Denunziation durch den Unternehmer geschah oder auch sonst erfolgt wäre. Jedenfalls erheischt die Frage eine Antwort, ob Regierung und Militärbehörde nichts dagegen zu tun gedenken, daß Unternehmer derartige Briefe schreiben. Welche Folgen sie für die Stimmung in Arbeiterkreisen haben, werden sich die Herren von der Militär- und Zivilverwaltung leicht selbst vorstellen können.

Gelbe und Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

In Nr. 47 erwähnten wir einen Beschluß der katholischen Metallarbeiter in Berlin, einer Abteilung der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin). Der Gesamtvorstand des Bundes Deutscher (gelber) Werkvereine geizte ebenfalls nach dem Ruhm der Unsterblichkeit, indem er folgende Entschließung veröffentlicht:

„Nach Blättermeldungen soll der neue Reichskanzler, Graf Hertling, dem Drängen der Mehrheitsparteien nachgebend, sich für die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung erklärt haben. Sollten jene Blättermeldungen zutreffen, so legt der Bund Deutscher Werkvereine mit aller Entschiedenheit Verwahrung dagegen ein. Mit der Aufhebung jener Gesetzesbestimmung würde der geringe Schutz verschwinden, der bisher den Nichtstreikenden gewährleistet war. In den Arbeitskämpfen, die schon bisher oft genug bedauerliche Auswüchse zeigten, würde für die Folge also das Faustrecht proklamiert werden. Im Interesse des inneren Friedens verlangt der Bund Deutscher Werkvereine einen ausreichenden Schutz der Arbeit, wie die Kampfgewerkschaften gleichermaßen den Schutz des Streiks beanspruchen."

Wenn Unternehmerverbände sich gegen die Aufhebung des § 153 erklären, so ist dies von ihrem Herrschsuchtsstandpunkte aus zu begreifen. Arbeiter jedoch, die sich zu solchen Beschlüssen bestimmen lassen, beweisen damit nur ihre Sklavennatur.

Der uneigennützige Obermeister.

Der Schlossermeister Kirsch, Vorsitzender der Handwerkskammer Breslau, hatte sich kürzlich wegen Betrugs vor der Strafkammer in Breslau zu verantworten. In seiner Eigenschaft als Obermeister der Waldenburger Feuer- und Metallarbeiter-Zwangsinnung hatte er erreicht, daß die Militärbehörde seiner Innung die Lieferung von monatlich 10 000 Paar Hufeisen übertrug. Zu dem ursprünglich vereinbarten Preis wurde später ein Zuschlag von 30 v. H. bewilligt. Kirsch ließ die Hufeisen von den Innungsmitgliedern anfertigen, zahlte ihnen aber nur den Grundpreis, den Zuschlag von 30 v. H. behielt er für sich, und er erzielte dadurch einen Gewinn von 70 000 M. Nur ein Meister, der von der Sache Wind bekommen hatte und dem Obermeister auf die Bude rückte, vermochte für sich den Zuschlag herauszuholen. Später, als das Strafverfahren schon im Gange war, hat Herr Kirsch auch den übrigen Meistern 12 v. H. nachgezahlt.

Vor Gericht erklärte der Obermeister, er habe sich gewissermaßen als Unternehmer betrachtet, und da er mit der Sache viel Mühe und Arbeit gehabt, auch Kosten und Verantwortung getragen habe, hätte er die 30 v. H. als ihm gebührende Risikoprämie betrachtet. Der Staatsanwalt wollte die von dem Obermeister bewiesene Uneigennützigkeit mit einem Jahr Gefängnis und 1000 M Geldstrafe bewertet wissen, Herr Kirsch fand aber milde Richter, er wurde freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß die Meister nicht geschädigt waren, weil sie an dem gezahlten Grundpreis Verdienst hatten. Auch wenn sie von dem Extraprofit des Obermeisters Kenntnis gehabt hätten, würden sie die Aufträge übernommen haben, da sie ihnen erwünscht und lohnend waren.

Der wackere Obermeister, der seine Stellung an der Spitze der Innung so erfolgreich ausgenutzt hat, ist mit einem blauen Auge davongekommen. Daß er auf das Ergebnis des Prozesses besonders stolz sein wird, glauben wir allerdings nicht. Die Fälle, daß Heeresaufträge in ähnlicher Weise an Innungen und Handwerkerkorporationen vergeben werden, sind übrigens nicht selten. Zur Ehre der in Frage kommenden Berufsmenschen möchten wir annehmen, daß die vom Obermeister Kirsch angewandten Grundsätze nicht allgemeiner Brauch sind.

Vom Ausland

Dänemark.

Ein Rekordprozeß gegen streikende Arbeiter. I. K. Ein eigenartiger Prozeß gegen rund 1200 Arbeiter wird demnächst in Kopenhagen entschieden. Im Sommer streikten die Kopenhagener Werftarbeiter und setzten den Kampf auch noch fort, als die Schlichtungskommission ihn für unberechtigt erklärt und den Gewerkschaftsverein zu 200 Kronen Strafe verurteilt hatte. Daraufhin verklagten die Unternehmer die Werftarbeiterorganisation, die vom Gericht zu 30 000 Kronen Schadenersatz verurteilt wurde. Die Organisation hatte inzwischen ihr ganzes Vermögen jedoch zur Unterstützung der Streikenden ausgegeben und sich bereits aufgelöst, so daß die Unternehmer nichts bekamen. Diese haben daher jetzt gegen die 1200 streikenden Arbeiter einzeln Klage erhoben, um die Vertragsbruchstrafe hereinzubekommen. Dringen die Arbeitgeber mit ihrem Anspruch durch, so hätte jeder von ihnen 70 bis 80 Kronen zu zahlen. Die Arbeiterschaft Dänemarks empfindet dieses Vorgehen bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen als besonders hart und rücksichtslos.

Niederlande.

Die Diamantindustrie durch England gefährdet. Im Wochenblatt des Allgemeinen Diamantarbeiterbundes bespricht dessen Sekretär, Henri Polak, Mitglied der Ersten Kammer und Gegner der Mittelmächte, die Absicht der englischen Regierung, eine eigne Diamantindustrie in England zu gründen. Die Kölnische Zeitung (Nr. 1096 vom 17. November) teilt von den Ausführungen Polaks folgendes mit:

„Wenn England in der Tat diesen Plan, der sicher besteht, ausführt, dann wird die holländische Diamantindustrie, wenn auch nicht mit vollständigem Untergang bedroht, so doch auf jeden Fall empfindlich geschädigt. Es gibt nur ein Mittel, um sie auf den Beinen zu halten und zum Mitbewerb fähig zu machen: sie mit dem nötigen Rohstoff versehen. Wenn dieser in einem zu Holland gehörenden Gebiete nicht zu beschaffen wäre, dann würde man sich in das unvermeidliche Schicksal ergeben müssen. Aber die Möglichkeit der Rohstoffbeschaffung besteht; es kommt nur darauf an, sie zu verwirklichen. Vor zwei Jahren habe ich in der Ersten Kammer darauf gedrungen, daß die Regierung die Ausbeute der Diamantfelder auf Borneo in die Hände nimmt. Der Minister Pleyte hat in gewissem Sinne seine Bereitwilligkeit dazu erklärt, aber man darf bezweifeln, daß in der Tat etwas geschehen ist. Irgendein Ergebnis ist wenigstens nicht zutage getreten. Vielleicht entfaltet man jetzt angesichts der immer drohender werdenden Aussichten in den Regierungsbüros im Haag und in Buitenzorg den nötigen Eifer. Der Krieg dauert lange, aber nicht ewig; in absehbarer Zeit kann unsre Industrie äußerst ernsten Dingen gegenüberstehen. Muß sie daran zugrunde gehen, ohne daß man den Versuch gemacht hat, sie zu erhalten? Die Regierung gebe die Antwort; sie allein kann helfen. Unsere Industrie ist ausgezeichnet eingerichtet, und ihre Arbeiter sind die besten in der Welt. Aber hinsichtlich des Rohstoffes ist sie durchaus von England abhängig. Muß dies so bleiben, wo dies ja gar nicht nötig ist?"

Die niederländische Regierung wird den Wünschen der Diamantarbeiter kaum entsprechen können, denn die wird von England bekanntlich aufs schlimmste gedrangsalt.

Schweiz.

Der Vorstand des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes veröffentlichte soeben seinen Bericht über das Jahr 1916 in Form eines 191 Seiten starken Buches. Danach haben sich sowohl der Geschäftsgang wie das Gewerkschaftswesen günstig weiterentwickelt. Die Stockung infolge des Kriegsausbruches machte schon 1915 dem sonst üblichen Geschäftsgange Platz. Jetzt wird im Metallgewerbe so flott gearbeitet, wie auch vor dem Kriege nicht. Eine Ausnahme macht das Baugewerbe, das noch immer darniederliegt. Im Metallgewerbe haben während des Jahres 1916 nicht nur viele Betriebe ihre Arbeiterzahl vergrößert, sondern es sind auch neue Unternehmungen entstanden, die zum großen Teil für die kriegführenden Länder arbeiten. Die Einfuhr von Eisenerz und Roheisen ist zwar zurückgegangen, dagegen hat die Einfuhr von Rundeisen, Walzdraht, Flacheisen und den meisten gebräuchlichen anderen Metallen wesentlich zugenommen. Die Einfuhr der wichtigsten Erzeugnisse der Metall- und Maschinenindustrie wird von der Ausfuhr weit übertroffen. Auch war diese im vorigen Jahre höher als 1915. Das Jahrbuch enthält viele Einzelheiten und belegt sie mit Zahlen. Der im Berichtsjahre sich stets mehrende Bedarf an Berufsarbeitern in der Maschinenindustrie veranlaßte den Verband schweizerischer Maschinenindustrieller zu dem Versuche, beim Bundesrat ein Abwanderungsverbot für Metallarbeiter zu erwirken. Es kam nicht zu einem solchen Verbote, vermutlich nicht zum mindesten durch den einmütigen Widerspruch, den die gesamte schweizerische Metallarbeiterschaft gegen ein solches Ansinnen erhob.

Viele Metallarbeiter wurden zum Grenzbesetzungsdienst eingezogen. Die dadurch erlittene Verdiensteinbuße und ferner die immer drückender werdende Teuerung machten sich empfindlich bemerkbar. Bei Ausbruch des Krieges mußten viele ausländische Kollegen dem Rufe zu den Waffen folgen. Arbeitslosigkeit und Verkehrsstockung trugen außerdem noch dazu bei, die Organisation lahmzulegen. Noch schlimmer als den Metallarbeitern ging es den Uhrenarbeitern, die erst ganz kurz vorher einen schweren Kampf ausgefochten hatten. Hunderte von den Teilnehmern an diesem Kampfe waren noch arbeitslos. Dann kam der Krieg und brachte dem Uhrengewerbe einen fast völligen Arbeitsstillstand. Auch dies wirkte natürlich auf den Verband, ebenso wie der dann folgende flotte Geschäftsgang. Anfangs 1915 hatte er 13 895 Mitglieder, von denen aber gegen 300 eingezogen waren. In dem genannten Jahre stieg die Mitgliederzahl nur um 417. Ferner kam noch die Verschmelzung mit dem Uhrenarbeiterverbande, die 709 Mitglieder hinzubrachte. Der Verband hatte am 1. Januar 1916 21 321 Mitglieder, am Ende des vorigen Jahres 35 759. Davon sind 22 964 Metallarbeiter und 12 795 Uhrenarbeiter. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat durch die Verschmelzung einen Zuwachs erfahren. Sie betrug am Ende des Jahres 3791. Von den Mitgliedern waren am Anfang des Jahres 19 450 (91,1 v. H.) Schweizer, am Ende 33 612 (94,1). Deutsche waren vorhanden am Anfang 812 (3,8), am Ende 887 (2,5). Die übrigen stammten aus anderen Ländern. Im Durchschnitt wurden an jedes Mitglied 49,9 Beitragsmarken verteilt.

Der gute Geschäftsgang hatte auch zur Folge, daß die Orts- und die Reiseunterstützung zurückging. 1914 mußten 3048 Arbeitslose unterstützt werden, 1915 noch 2756 und 1916 nur 552. An diese wurden 11 437 Fr. ausbezahlt. Am stärksten war die Arbeitslosigkeit bei den Dachdeckern (29,3 v. H.), dann bei den Monteuren (16,5 v. H.). Darauf folgten die übrigen Metallarbeiter im Baugewerbe. In der Maschinenindustrie schwankte die Arbeitslosigkeit zwischen 0,3 und 2,2 v. H.; bei den Uhrenarbeitern betrug sie sogar nur 0,08. Die Reiseunterstützung war am 7. November 1914 aufgehoben worden. Am 1. August 1916 wurde sie wieder in Kraft gesetzt. Aber nur 63 Mitglieder nahmen sie in Anspruch und erhielten 185 Fr. Von ihnen gehörten 55 dem schweizerischen, 6 dem deutschen und 1 einem andern Verbande an.

Die Einnahmen betrugen 756 705,60 Fr. an Beiträgen und Aufnahmegebühren. Ferner wurden vom Verbande der Uhrenarbeiter und von deren Krankenkassen 9106,31 Fr. überwiesen. Die Zinsen angelegter Gelder beliefen sich zusammen mit dem Kursgewinn infolge der Rückzahlung des Darlehens an den Deutschen Metallarbeiter-Verband auf 60 457,75 Fr. Die Gesamteinnahmen betrugen 826 689,48 Fr. (1915 556 033,74), die Ausgaben 569 858,63 Fr. Davon wurden als Kranken- und Sterbegeld ausgegeben 25 664,55, für sonstige Unterstützungen 50 520,60 Fr. Das Verbandsvermögen betrug am 31. Dezember 1916 694 652,59 Fr. Ferner hatte die Krankenkasse einen Reservefonds von 150 085 Fr.

Der Verband hatte sehr viele Bewegungen zu führen. In den letzten elf Jahren kamen jährlich durchschnittlich ungefähr 93 Bewegungen vor, 1916 dagegen 356. Der Berichterstatter meint ferner, daß in Wirklichkeit die Zahl wohl noch größer gewesen sei, weil mancher Sektionsvorstand im Drange der Geschäfte versäumte, die nötigen Anzeigen zu machen. An den gemeldeten Bewegungen waren 8678 Arbeiter beteiligt, davon 4499 Verbandsmitglieder. Vollen Erfolg hatten 323 Bewegungen, teilweisen Erfolg 28, von den übrigen fehlt die Angabe. Die erreichten Lohnerhöhungen betrugen wöchentlich 9286 Fr. und die Teuerungszulagen 26 657 Fr., im ganzen für jeden Beteiligten 2,93 Fr. Ferner wurde erzielt für 6412 Arbeiter eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 8047 Stunden. Für etwa 1200 Arbeiter wurden neue Verträge abgeschlossen, worin die Regelung von Mindestlöhnen, Ueberzeitarbeit, Lehrlingsfragen usw. enthalten ist. Es sind fast nur Kleinmechaniker im Spiel. Ferner fanden 14 Streiks in 19 Betrieben statt mit 1101 Beteiligten. Mit Ausnahme eines einzigen endigten sie sämtlich mehr oder weniger zugunsten der Arbeiter.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die russische Revolution und das europäische Proletariat von **Heinrich Weber.** Wien 1917. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. 40 Seiten. Preis 1 Krone (1 M) und 10 v. H. Teuerungszuschlag. — Wer jetzt über die russische Revolution und über die russische Arbeiterbewegung schreibt, hat gegen ein ungünstiges Vorurteil zu kämpfen. Von der ersten russischen Revolution wurde uns soviel Widersprechendes berichtet, daß man bald mißtrauisch gegen jede Nachricht wurde, einerlei, von welcher Seite sie stammte. Das gilt nicht zum mindesten von den Nachrichten über die russische Arbeiterbewegung. Was sollte die russische Arbeiterschaft nicht alles erreicht haben! Ohne Zweifel gelang es ihr ja auch, mancherlei durchzusetzen; aber wie wenig blieb ihr davon als dauernder Erfolg. Selbstverständlich war das die Schuld der Rückschrittsmächte, die in Rußland bald wieder Oberwasser bekamen. Jetzt sind zwar schon über acht Monate seit dem Sturze der Zarenherrschaft vergangen, aber wer möchte sich dafür verbürgen, daß diese nicht doch noch wieder ans Ruder kommen wird? Natürlich wünschen auch wir nicht, daß dies geschehen möge; im Gegenteil hegen wir den aufrichtigen Wunsch, daß auch in Rußland Aufklärung und Freiheit in vollstem Maße einziehen mögen. Vorläufig ist dort aber noch alles in Gärung, zurzeit tobt dort der Bürgerkrieg und die Nachrichten sind gefärbt je nach dem, was ihr Urheber wünscht. Unter solchen Umständen ist es ratsam, alle Nachrichten aus Rußland vorläufig mit Vorsicht aufzunehmen. Das gilt ebenfalls für die Nachrichten über die russische Arbeiterbewegung. Damit wollen wir nicht sagen, daß ihre Urheber wissentlich die Unwahrheit verkünden, vor allen Dingen nicht von dem Verfasser des vorliegenden Buches. Allein er darf uns nicht übel nehmen, daß wir die unangenehmen Erfahrungen aus früheren Zeiten nicht vergessen können. So weit unsere Erinnerungen an die Nachrichten aus Rußland reichen, die die Tagespresse verbreitet hat, ist die Darstellung der Ereignisse in dem vorliegenden Hefte im großen und ganzen richtig. Allerdings muß der Verfasser uns erlauben, an seiner Behauptung auf Seite 18, daß die Arbeiter nach dem Sturze des Zarismus „zunächst überall den Achtstundentag" durchgesetzt hätten, zu zweifeln. Früher hieß es in Rußland: Gott ist groß und der Zar ist weit. Jetzt wird es heißen: Gott ist groß und die Revolution ist weit. Was Jahrhunderte lang am russischen Volke gesündigt worden ist, kann man nicht in wenigen Wochen ausmerzen. Ueber die Aussichten der russischen Revolution gibt der Verfasser sich keiner überspannten Hoffnungen hin, indem er sagt, daß ihr Ergebnis im besten Falle höchstens eine bürgerliche demokratische Republik zur Folge haben könne. Auch das wäre ohne Zweifel ein Fortschritt. Wir vermissen aber in dem Buche jede Andeutung darüber, daß die Arbeiterschaft dann noch lange nicht über den Berge ist. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind bekanntlich ebenfalls eine bürgerliche demokratische Republik und dort wird den Kindern schon von frühester Jugend an eingetrichtert, daß sie sich „im besten Lande der Welt" befinden. Wie geht es dort aber der Arbeiterschaft? Werden dort nicht bei jedem etwas größeren Streik sofort Soldaten aufgeboten? Sind dort nicht bei solchen Gelegenheiten die scheußlichsten Gewalttaten gegen die Streikenden und besonders gegen deren Führer an der Tagesordnung? Dies Beispiel zeigt deutlich genug, daß politische Freiheit und wirtschaftliche Unfreiheit unter der Herrschaft des Kapitalismus sehr wohl nebeneinander gedeihen können. Es wäre nötig gewesen, daß der Verfasser auch darüber einige Worte verloren hätte, um so mehr, weil er doch nicht nur eine geschichtliche Darstellung der Sache geben will, sondern sich der Arbeiterschaft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns obendrein noch als Ratgeber aufdrängt. Er wendet sich vorwiegend an diese mit seinen Ermahnungen, zu verhindern, „daß die Fortsetzung des Krieges die Revolution erwürgt". Seine Mahnungen an die Arbeiter Englands, Frankreichs und Italiens sind viel verblümter. Wir meinen, die Arbeiter der Ententeländer sollten erst einmal soviel für den Frieden tun, wie die Arbeiterschaft der Mittelmächte bisher schon getan hat; dann wäre der Friede viel näher. Und wie ist es mit der Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten mit Mr. Gompers als Kriegshetzer an der Spitze? Darüber verliert der Verfasser kein Wort. Wir sehen also auch daraus, daß dieses Buch mit großer Vorsicht zu lesen ist.

Störungen an Betriebsmaschinen mit besonderer Rücksichtnahme auf die Behandlung derselben für Industrielle, Werkmeister, Monteure, Maschinenführer, Heizer und dergl. Von **Ludwig Hammel,** Zivilingenieur. Mit 69 Abbildungen. Akademisch-Technischer Verlag Johann Hammel, Frankfurt a. M.-West 18. 125 Seiten. Preis in Leinwand gebunden 4 M. — Das vorliegende Buch ist für Fachleute wie Maschinenmeister, Monteure, Heizer und dergl. geschrieben und befaßt sich in der Hauptsache mit Störungen und Ausbesserungen an Betriebsmaschinen und Apparaten, wie Dampfkesseln, Dampfmaschinen, Verbrennungskraftmaschinen, Kompressoren, Pumpen usw. Mit Rücksicht auf die den betreffenden Störungen vielfach vorausgehenden unsachgemäßen Behandlungen hat der Verfasser bei der Bearbeitung auf die richtige Behandlung und Wartung der Maschinen besonders Rücksicht genommen und wo irgend angängig, Fingerzeige und Winke gegeben, wie sich Störungen erkennen und durch geeignete Eingriffe rechtzeitig beschränken oder vermeiden lassen. Auch der wirtschaftlichen Seite ist Rechnung getragen und der Stoff durch geeignete Abbildungen veranschaulicht worden. Wir können daher das übersichtlich geschriebene Buch den hierfür in Frage kommenden Fachleuten nur bestens empfehlen.

Der Kruppsche Kleinwohnungsbau. Mit 150 Bildertafeln und vielen Textabbildungen herausgegeben von der Gesellschaft für Heimkultur e. V. in Wiesbaden. Mit begleitendem Text der Bauberatungsstelle Dr.-Ing. Herm. Hecker in Düsseldorf. 172 Seiten. Bei Vorausbestellung 10 Teile zu je 1 M (Postgebühr 10 Pf). Nach Erscheinen vollständig gebunden 12 M (Postgebühr 50 Pf). Heimkulturverlag Wiesbaden. — Daß es der Firma Krupp bei der Wohnungsbeschaffung für einen Teil ihrer Arbeiter weniger darauf ankam, diesen eine Wohltat zu erweisen, als vielmehr auf das Gedeihen des eigenen Unternehmens, ist in der Metallarbeiter-Zeitung schon wiederholt auseinandergesetzt worden. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß, so wie in Essen einmal die Verhältnisse lagen, dieser Kruppsche Kleinwohnungsbau doch eine Notwendigkeit war. Das vorliegende Werk behandelt seinen Gegenstand rein vom baukünstlerischen Standpunkte aus und läßt die sozialen Fragen aus dem Spiele. Es gibt eine Uebersicht über die unleugbaren Fortschritte in der Bauweise. Man betrachte nur die ersten Bilder, die die alte Kolonie Schederhof zeigen und vergleiche sie mit den Bildern aus der neueren Zeit. Auch die Firma Krupp glaubte früher wohl, daß für die Arbeiter das Schlechteste gut genug sei. Wenn sie neuerdings anderer Meinung geworden ist, so ist ihr dies nicht zum wenigsten durch die Arbeiterbewegung beigebracht worden. Aber davon abgesehen, muß man doch sagen, daß in diesem ganzen Unternehmen ein großer Zug steckt. Volkswirtschafter und Baugenossenschafter können aus diesem Buche viel lernen.

Verbands-Anzeigen

Mitgliederversammlungen.

Samstag, 1. Dezember:
Gießen. Gewerkschaftshaus, 8½ Uhr.

Dienstag, 11. Dezember:
Wittenberge. Bätje, Auguststr. 25, 8½.

Samstag, 15. Dezember:
Apolda. Vorwärts, halb 9 Uhr.

Sonntag, 16. Dezember:
Mch.-Gladbach. Kometen, Kl. Vincenzstr. 19, 3.

Gestorben.

Leipzig. Paul Stein, Dreher, 53 J. — Andreas Bittner, Schmied, 43 J., Herz- und Nierenleiden.
— Hugo Schuberth, Klempner, 57 J., Herzlähmung.
Radeberg. Max Richter, Former, 41 Jahre, Tuberkulose.
— Ernst Seewald, Former, 47 Jahre, Krebsleiden.
— Louis Klotsche, Kernmacher, 48 Jahre, Lungenentzündung.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Kötestraße 16 b.